

## Ein großkoalitionäres Lehrstück: Rassistische Gesetzesnovelle beschlossen

Der Knüppelvorhang wird jetzt Gesetz: Am 14. März wurde die Novelle zum Fremdenpolizeigesetz, Paßgesetz und Grenzkontrollgesetz — also den Gesetzen, die für den Aufenthalt von "AusländerInnen" in Österreich relevant sind — be-

schlossen. Während der Plenarsitzung im Parlament fand auf der BesucherInnengalerie eine Protestaktion statt, die diese Verschärfungen angreifen sollte.

*Fortsetzung auf Seite 3.*

### AUSSERDEM

**Der Kampf um die Akten:  
Die Besetzung des Stapo-  
Büros.  
Seite 8**

Übrigens: Jeden Mittwoch  
ist StaPo-Mittwoch! Treff-  
punkt jeweils 11 Uhr Uni-  
Rampe in Wien.

**Heißer Straßenaktions-  
frühling über Europa?  
Seite 10**

**Nicaragua nach den  
Wahlen  
Seite 11**

**DDR nach den Wahlen  
Seite 13**

**u.v.a.**  
Impressum Seite 24



Kundgebung gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus am Stefansplatz letzten Donnerstag: Arbeitskräfte haben sie gerufen, Menschen sind gekommen

## Power durch die Mauer bis sie bricht

**Freiheit für Schurli — Gefangener der Opernball-Demonstration**

Seit 4 Wochen sitzt Georg jetzt schon in U-Haft. Bis jetzt durfte er immer noch nicht besucht werden.

Er verweigerte von Anfang an die Aussage. U-Richter Maximilian Novak verhängte daraufhin ein allgemeines Besuchsverbot.

Ganz offensichtlich wird das Besuchsverbot als Druckmittel benützt, um Georg zu Aussagen zu zwingen. Somit ist seine U-Haft eindeutig Beugehaft.

Wahrscheinlich wird er bis zur ersten Hauptverhandlung am 25.4.1990 weiter-

hin im Häfn sitzen.

### Demonstration:

**Samstag 31.3.1990**

**18 Uhr Unirampe Wien (1, Dr Karl Luegerring 1)**

- Gegen Isolation durch Beugehaft!
- Für die Aufhebung des Besuchsverbots!
- Für die Freilassung von Georg!
- Für die Einstellung aller Anti-Opernballdemo-Verfahren!

*mehr über Schurli auf Seite 6.*

# Gegen AusländerInnenfeindlichkeit!

## Visumpflicht für rumänische StaatsbürgerInnen

Nach der Verhängung der Visumpflicht für Menschen aus der Türkei Mitte Jänner gilt diese jetzt auch für Personen aus Rumänien. Vor dem Inkrafttreten der Visumpflicht fand eine Einreisewelle aus Rumänien statt. Die Regierung reagierte charakteristisch: 5.000 Schilling finanzielles Minimum für Einreise – nur die Reichen kommen durch den Grenzbalken. Und in Traiskirchen ist das Betreten der Stadt "Asylsuchenden und solchen Fremden, die Aufnahme in das Flüchtlingslager suchen", weiterhin verboten. Strafanordnung: 3.000 Schilling oder Arrest bis zu zwei Wochen.

(TATblatt-Wien)

Während die Medien über die angebliche Flüchtlingswelle spekulierten, die dann doch nicht kam – Schätzungen lagen zwischen 35.000 und 100.000 Menschen –, fand in Traiskirchen eine Anti-Flüchtlingsblockade statt. Und auch sonst schlugen die Wellen der AusländerInnenfeindlichkeit hoch. Das Modell "Kaisersteinbruch" wird auf ganz Österreich ausgeweitet: In fahrlässig oder gezielt geschaffenen Konflikten läßt sich bei der nächsten Wahl die AusländerInnenfeindlichkeit problemlos vermarkten.

Beispiel: Eine Liste "Hans Strobl", die mit ausländerInnenfeindlicher Propaganda Stimmen für den Handelskammerwahlkampf keilt (siehe Faksimile). Das Impressum der mit "Taxi halt" und Signet der "Ausländer Halt"-Bewegung aufgemachten Flugblätter: "Volksbewegung, 1040 Wien".

- Auf der gleichen Linie liegt die Neonazigruppe VAPO, die auf pseudo-links ("autonome Nationalisten") aufgemachten Plakaten "für die Sache des Volkes" fordert: "Arbeit für heimische Arbeiter, daher – Fremdarbeiterrückführung".
- Der *Standard* veröffentlichte – zusammen mit einer linguistischen Analyse zur AusländerInnenfeindlichkeit – eine Reihe von Briefen zu Kaisersteinbruch etc. an das Innenministerium<sup>1</sup>. Das Zitat "Von ihnen Hr. Minister haben wir uns allerhand versprochen, aber Sie lassen ja noch mehr herein als Blecha" dürfte ungefähr den Tenor dieser Briefe treffen; deren Brutalität kommt darin kaum zum Ausdruck.
- Im 15. Wiener Gemeindebezirk – Hoffungsgebiet der "Ausländer Halt"-Liste bei den letzten Gemeinderatswahlen – veranstaltete die Bezirks-FP eine Podiumsdiskussion mit dem Thema: "Slum oder Hoffungsgebiet". Die AZ berichtete von "Zwischenrufen und Applaus zu Meldungen wie 'Ausländerrückführung' oder 'Warum müssen wir mit denen in einem Haus zusammenleben?'"<sup>2</sup>. AZ-Untertitel zu dem Bericht: "Ausländerfeindlichkeit: VP und FP schüren unter-schwellig".

- Die permanente AusländerInnenfeindlichkeit der Kronenzeitung und der diversen Bezirksjournale ist ohnehin nichts neues. Im Wiens drittem Bezirk etwa wird im Bezirksjournal nach mehr Polizei verlangt: "Gerade die nahende Weltausstellung aber, die noch erheblich mehr Fremde nach Wien locken wrd, macht Investitionen in die 'Sicherheit ebenso unumgänglich wie etwa in den Verkehr. Denn schon jetzt sind die meisten dieser Diebe Ausländer, die extra auf Beutezug nach Wien angereist sind."<sup>3</sup>
- Wiederholt tauchten Aufkleber mit nationalistischen und ausländerInnenfeindlichen Slogans auf.

Am letzten Donnerstag fand am Stefansplatz eine Kundgebung "SOS AusländerInnenfeindlichkeit" statt. Mittlerweile gibt es auch Sticker mit dem – ein bißchen fragwürdigen – Text: "Ich mag Ausländer/innen". Aber das ist **nicht genug: Es muß sich eine breite solidarische Front bilden, Parteinahme ist bei offener AusländerInnenfeindlichkeit ebenso wie bei offener Frauenfeindlichkeit notwendig!**

**AUSLÄNDER/INNEN  
BLEIBEN –  
NAZIS VERTREIBEN!**

<sup>1</sup> Standard vom Dienstag, dem 20. März 1990

<sup>2</sup> AZ vom Mittwoch, dem 7. März 1990

<sup>3</sup> Bezirksjournal Landstraße Nummer 2/1990

Wir alle sehen täglich Ausländer aus Weichwährländern am Steuer der Wiener Taxis, die aufgrund der Freigabe unseres Marktes oder besser gesagt wegen des Zumarktetragens unserer Jagdgründe die Kunden anlocken, die uns zustünden, während die Rischkas in Honolulu rosten. Indessen sind unsere Politiker jedoch sicher vor einer solchen ausländischen Konkurrenz: Niemals würde je ein ausländischer Politiker „integriert“, obwohl bekannt ist, das chinesische Abgeordnete als Abstimmungsmarionetten im österreichischen Parlament im Gegensatz zu den einheimischen Marionetten statt S 45.000,- im Monat nur S 2.000,- plus 20 kg Reis (sprich „Leis“) im gleichen Zeitraum verlangen würden.

Über den Tarif und wir, die die Uhr nicht abstellen, dann über Funk hören „gut deutsch sprechender Fahrer verlangt“, dann sind wir stolz. Denn wir wissen, daß wir gemeint sind. Und österreichische Arbeit. Ernst und ehrlich.

Und so fahren wir weiter, in der Hoffnung, daß aus dieser Multikultur wieder Kultur, aus diesem Alltagsasyl wieder Wien und aus Protektionismus und „Internationaler Marktwirtschaft“ eines Tages wieder „Nationale Marktwirtschaft“ wird.

Das Volk sind wir.

Was mich bewegt, bei der kommenden Wahl unserer Fachgruppe anzutreten, sei hier kurz zusammengefaßt:

- Ich will die Diktatur der branchenfremden Politiker brechen, die im Taxigewerbe einen Einstieg für den Import von integrationswilligen Ausländern sehen.
- Ich will die Protektionisten entlarven, die uns „freie Marktwirtschaft“ predigen, ihre Parteien, ihre Zeitungen und ihre maroden Betriebe jedoch aus Steuergeldern protegieren und künstlich am Leben erhalten.
- Das Taxigewerbe, Visitenkarte unseres Landes und unserer Heimatstadt, darf kein Ghetto ausländischer Wehrdienstverweigerer und Wirtschafts-

flüchtlinge werden, sondern muß – zum Wohle Österreichs – eine Domäne der Österreicher bleiben. Wir wollen nicht **subventioniert** werden. Wir wollen aber auch nicht **ruiniert** werden.

Wir brauchen keine „multinationale“ Stadt und kein „multinationales“ Gewerbe. New York und Chicago sollten der Welt genügen.

Wien muß Wien bleiben. Dies ist unser Revier.

Wenn Sie mit den Zielen meiner Liste einverstanden sind, unterschreiben Sie bitte beiliegende Unterstützungserklärung und senden Sie diese an Postfach 11, 1142 Wien.

Johann Strobl  
W 41.577

# Ein großkoalitionäres Lehrstück: Rassistische Gesetzesnovelle beschlossen

Fortsetzung von Seite 1

(TATblatt-Wien)

Parlamentsberichterstattung der *Wiener Zeitung*: "Das Paß-, Grenzkontroll- und Fremdenpolizeigesetz wurde am späten Nachmittag mit den Stimmen der Mehrheit — ohne die Grünen — in Dritter Lesung angenommen. Verschiedene Änderungsanträge der Grünen und der FPÖ blieben mit den Stimmen der Antragsteller in der Minderheit. Ein Entschließungsantrag SPÖ/ÖVP erhielt die Mehrheit der Stimmen. Entschließungsanträge der Grünen und der FPÖ wurden abgelehnt."<sup>1</sup>

Mit der Novelle sollen wesentliche Verschärfungen der Rechtslage von "Fremden" (Gesetzestext) verankert werden — also von Personen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, sich aber in Österreich aufhalten. Wie wiederholt im TATblatt berichtet, wurde der Novellierungsvorschlag wegen der weiteren Verschlechterung der Rechtsstellung von "AusländerInnen", fehlender Rechtsschutzmöglichkeiten der Betroffenen und wegen Passagen, die zum Rassismus herausfordern, kritisiert worden.

Das Begutachtungsverfahren, bei dem die betroffenen Institutionen und Gruppen Einblick in beabsichtigte Gesetzesänderungen bekommen, wurde auf rechtlicher Ebene umgangen. Quasi als Ersatz dafür fand ein Expertenhearing im — nicht öffentlichen — Unterausschuß des Innenausschusses statt; diese "Befriedigungsaktion" brachte jedenfalls keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen.

Von Seiten des Innenministeriums wurde, wie angekündigt, eine ausdrückliche Bezugnahme auf das *Refoulement-Verbot*<sup>2</sup> der Genfer Konvention verankert<sup>3</sup>. Zusätzlich wurde eine Änderung zum Asylgesetz angefügt, die die Einbringung von Asylanträgen über die Grenzkontrollstellen regeln soll. Falls der oder die AntragstellerIn die erforderlichen Dokumente für eine Einreise nicht besitzt (zB. Visum), soll die Bezirksverwaltungsbehörde *binnen einer Woche feststellen, ob eine Behauptung im Sinne des §2 Abs.1 (Asylantrag, Anm.) vorliegt*<sup>4</sup>. In diesem Fall soll ein Flüchtling "formlos" einreisen können. Bei einer Einreise über den Flughafen sollen sich die Betroffenen während der Verfahrensabwicklung im (in Schwechat mittlerweile vergrößerten) Transitraum aufhalten, in den anderen Fällen... ?

Kritisiert wird an dieser Änderung vor allem, daß die Prüfung sich kaum auf

formale Kriterien beschränken wird. Der grüne Abgeordnete Manfred Srb in einer Stellungnahme: "Die Befugnis zur Vorprüfung des Antrages ... wird ... in vielen Fällen dazu führen, daß die betreffenden Asylanträge nicht bloß formell geprüft, sondern inhaltlich erledigt werden, da eine Abgrenzung in der Regel außerordentlich schwierig ist."

Kritisiert wird weiters, daß das Verfahren nicht über die mit Asylanträgen regulär befaßten Stellen (Sicherheitsdirektionen), sondern über die Bundespolizeidirektionen und Bezirkshauptmannschaften abgewickelt wird. Zudem wird das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen in diesen Teil des Verfahrens nicht einbezogen.

Von Manfred Srb wurden auch zwei Entschließungsanträge eingebracht, die die Forderung nach einer österreichische Integrationsgesetzgebung und internationales *burden-sharing*<sup>5</sup> zum Inhalt hatten.

Beide Anträge wurden abgelehnt. Übrigens halte ich auch die Forderung nach *burden-sharing* für fragwürdig: Einerseits wird die — von vornherein rassistische — Diskussion um die Verteilung der "Lasten" der Flüchtlingsbewegungen fortgesetzt. Andererseits wird damit die Abschottung eines gesamten Kontinents, wie es in Europa derzeit betrieben wird, wesentlich erleichtert.

Dem oberösterreichischen Landeshauptmann Ratzböck dürfte die Novelle allerdings sehr gelegen kommen: "Fremde" sind Personen, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen. Und für "Fremde" besteht — ab Inkrafttreten der Novelle — Ausweisungspflicht, für österreichische StaatsbürgerInnen hingegen (noch) nicht. Und woran werden österreichische Vollzugsbeamte "Fremde" erkennen? Ratzböck-Methode: "Menschen, denen man die Abstammung ansieht"?●

## Menschenrechtsparadies Türkei?

Löschnak läßt lügen

(TATblatt-Wien)

FP-Abgeordnete Helene Partik-Pablé meinte im Flüchtlings-Club 2, die Kurden wären ja gar nicht mehr so unterdrückt, es gäbe sogar einige kurdische Abgeordnete im Parlament, und im übrigen solle man sich das alles einmal anschauen und den Flüchtlingen nicht soviel Vertrauen schenken.

Folgsam, wie er nun einmal ist, hat Innenminister Franz Löschnak schnell reagiert und einen Vertreter des Innenministeriums in die Türkei geschickt, den Oberrat Dr. Wilfried Kovarnik — und tatsächlich: Es kommt das gewünschte Ergebnis heraus. Resümee eines vertraulichen Rundschreibens: KurdInnen würden in der Türkei keineswegs unterdrückt. Quelle: das türkische Innenministerium. Folgerung: Asylanträge von KurdInnen aus der Türkei bräuchten in Zukunft nicht mehr angenommen werden.<sup>1</sup>

Die Folgen für die Betroffenen sind wesentlich ernster als die Politikomödie, die uns da vorgespielt werden soll. In Wirklichkeit war Kovarnik auch schon im Jänner in

der Türkei, während Partik-Pablé ihre Erwartungen erst Anfang März via ORF kundtat. Das Rundschreiben wurde allerdings erst letzte Woche bekannt — und einmal mehr befindet sich die österreichische Regierung im Fahrwasser der FP.

Das Beispiel zeigt auch, daß dem rechtlich-öffentlichen Schein von Menschenrechtsbestimmungen ein menschenfeindliches nichtöffentliches Sein gegenübersteht. Wenn in der Türkei niemand verfolgt, niemand gefoltert wird, ja dort überhaupt so paradisische Zustände herrschen, dann können auch bedenkenlos Menschen dorthin abgeschoben werden — kein *Refoulement-Verbot* hindert daran<sup>2</sup>. Daß die Zustände eher repressiv denn paradisisch sind, stört die Schreibtischtäter in der Herrengasse nicht und schon gar nicht die Öffentlichkeit, die im Bann der Kronzeitung deren ausländerfeindliche Propaganda nachbetet.●

1 Standard vom Montag, dem 19. März 1990  
2 siehe den Artikel zur Novellierung von Fremdenpolizeigesetz etc. in dieser Nummer

# KJÖ: Kritik an ausländerInnenfeindlichen KPÖ-Publikationen

(KJÖ, TATblatt-Wien; IGARA, anti)

Wiederholt erschienen in den vergangenen Monaten und Jahren in der *Badner Rundschau* ausländerInnenfeindliche Meldungen: "Traiskirchen: Ausländerplage nimmt immer mehr zu"<sup>1</sup>, "Diebstahl im Flüchtlingslager"<sup>2</sup> und so weiter. Nun ist die *Badner Rundschau* aber kein Organ der FPÖ oder anderer definitiv rechter Gruppen — wie die Artikel vermuten ließen —, sondern eine *Ring-Zeitung*. Der *Ring* ist der Zeitschriftenverband der KPÖ.

Daß auch die örtlichen KP-Bezirks- und Gemeindegruppen auf dieser Linie liegen, zeigen Veröffentlichungen und Aussagen der KP-Lokalpolitiker Riedl und Schauderer. Für den KLS-Gemeinderat Heinrich Schauderer sind "mehr als 10% Ausländer unzumutbar". Schauderer's ausländerInnenfeindliche Entrüstung gipfelt in der Forderung nach Aufstockung des Personalstandes des Traiskirchener Gendarmeriepostens um mindestens die Hälfte: "Es wird notwendig sein, daß Sofortmaßnahmen gesetzt werden!"<sup>3</sup> Mit "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" läuft da wohl nix mehr...

Die KJÖ hat in einem Brief gegen diese Hetze protestiert, den wir im folgenden im Originalwortlaut wiedergeben.

Kommunistische Jugend Österreichs  
Landesorganisation Wien  
1206 Wien, Jochstädtplatz 3

Wien, 28.2.1990

Die Landesleitung der KJÖ Wien distanziert sich entschieden von allen ausländerInnenfeindlichen, rassistischen und undifferenzierten Artikeln und Äußerungen der



**Die Österreichische Seele:  
Wanns mei'n Herrl guat geht, gehts ma a guat;  
wann mei Herrl want, dann wan i a;  
wann mei Herrl fuat geht, geh i a fuat;  
wann mei Herrl lacht, dann wedl i...**  
*Wiener Volksweisheit*

"Badner Rundschau" und ihrer einzelnen Autoren. Wir sind sehr betroffen von den so offensichtlich ausländerInnenfeindlichen Inhalten und schockiert von der subtilen und rassistischen Sprache und Berichterstattung.

Wir schließen uns dem Protest verschiedener AusländerInneninitiativen, Genossen und Genossinnen an und fordern alle Verantwortlichen auf, Konsequenzen zu ziehen.

In den Artikeln der "Badner Rundschau" wird jeweils nur sehr vage angedeutet, wer die wirklich Schuldigen an der Misere sind, in

der sich Lagerbewohner und Anrainer tagtäglich wiederfinden. Sätze und Wörter wie "...und wieder einmal kommen die Leidtragenden aus der Bevölkerung" sind eindeutig nicht von denen eines Jörg Haider zu unterscheiden.

Beteuerungen wie "Gegen AusländerInnenfeindlichkeit muß man entschieden auftreten" (16/89) sind in der Berichterstattung einsame Ausnahmen und muten eher wie ein Alibi an.

Wir erwarten uns von der "Badner Rundschau" eine Berichterstattung fernab jeglicher AusländerInnenfeindlichkeit.

Wir finden es beschämend, daß in KPÖ-Publikationen über Jahre hindurch AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus unwidersprochen bleiben.

Wir wünschen und eine Kommunistische Partei Österreichs, in der es keinen Platz für AusländerInnenfeindlichkeit gibt, wo die Attribute humanistisch, sozial und antiimperialistisch ernst genommen werden.

Die KJÖ steht hinter der Forderung nach einer gerechten und humanen Asylpolitik Österreichs!

Für das Wahlrecht unserer ausländischen Kolleginnen auf allen Ebenen!

Gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus!

Sofortige Zurückziehung der geplanten Gesetzesnovelle zum Paß-, Fremdenpolizei- und Grenzkontrollgesetz!

Wir werden nicht dulden, daß Ausländer und AusländerInnen in Österreich immer mehr wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden!

In diesem Sinne fordern wir alle Verantwortliche auf, die Konsequenzen zu ziehen. ●

1 Badner Rundschau vom 27. August 1987

2 Badner Rundschau vom 24. Juli 1986

3 Badner Rundschau vom 18. Mai 1989

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

**papierTIGER**

Das andere Papier.

WIEN

1020  
Springerg. 1  
Tel. 2166305

WIEN

1070  
Schottenfeldg. 53  
Tel. 964307

GRAZ

8010  
Glacisstr. 23  
Tel. 832703

LINZ

4020  
Waltherstr. 2  
Tel. 283420

# »Ich mag AusländerInnen«

## Aktion gegen den Fremdenhaß

Die Ereignisse rund um Kaisersteinbruch und danach haben den AusländerInnenhaß in der Bevölkerung wieder einmal viel Auftrieb gegeben. Doch auch dagegen rührt sich was in der Bevölkerung. So ergriffen beispielsweise Lehrerinnen im Bundesrealgymnasium Wien 9, Glasergasse die Initiative:

*»Die bedrückenden Ereignisse rund um Kaisersteinbruch, wachsende AusländerInnenfeindlichkeit in der Bevölkerung, ein Landeshauptmann, der von »unzumutba-*

*ren Ausländern« spricht, »denen man die Abstammung ansieht; ein anderer Landeshauptmann, der sich weigert, WiderstandskämpferInnen auszuzeichnen, aus der »auf-*

*gebrachten Menge« der Ruf »Bringt sie doch nach Dachau!« — und das alles geschieht in Österreich, ohne daß unser aller Aufschrei der Empörung öffentlich hörbar wäre. Wir meinen, die Situation beginnt nicht nur bedrohlich, sondern auch wirklich unerträglich zu werden.*

*Gegen Rassismus, gegen die Gefahr des Faschismus muß unter uns allen Konsens bestehen, auch quer durch die erfreulicherweise so große Vielfalt politischer Gruppen, Initiativen und Solidaritätsgruppen.*

*Dieser Konsens, meinen wir, sollte sich jetzt, schnell und gut sichtbar, in der Öffentlichkeit manifestieren. Bei der letzten Bundespräsidentenwahl war das möglich. Wir sollten auch jetzt das Feld nicht den dumpfen Spießherren und HetzerInnen gegen AusländerInnen überlassen! Sticker und Aufkleber können für viele Leute einen ersten Schritt zur Aufklärung, Solidarisierung und Zivilcourage bilden. Wir werden in unserer Schule jedenfalls so etwas auf die Beine stellen. (In unserem kleinen Rahmen; als »Organisationskontakt« sind wir völlig ungeeignet!) Unser Vorschlag: Macht doch auch sowas!*

*Klar, daß den meisten von euch so etwas mit vollem Recht lächerlich erscheint. Aber welche unserer oft schon jahrzehntelangen Bemühungen erschiene angesichts der heutigen Situation nicht lächerlich?*

*Irgendwie sollten wir einander erkennen können, und für alle sollte sichtbar sein, wieviele wir sind.*

*Vielleicht entsteht aus einer solchen lächerlichen Pickerlaktion ein Anfang zu wirksamerem Auftreten gegen Rassismus und allem, was daraus folgt? Lächerlich? Der Vorwurf trifft uns nicht! Was solls? Sehen soll man uns!•*

### Türkei

## Neuerliche Verhaftungswelle

(TATblatt-Wien,...?)

Vor 15 Tagen töteten islamische Fanatiker den Universitätsprofessor Muammer Aksoy, der sich in ihren Augen gegen die islamische Umgestaltung des Universitätswesens stellte. (Nach dem 12. September 1980 versuchte die Junta den gesamten Bildungs- und Pressebereich auf türkisch/islamisch umzustellen.) Auch ein bekannter Journalist von Hürriyet, der meistgelesenen Zeitung der Türkei, wurde letzte Woche von islamischen Fundamentalisten getötet. An jedem Freitag organisieren islamische Fanatiker Demonstrationen in den Moscheen und auch auf der Universität.

Nach dem Tod des Journalisten starteten die Medien eine "Anti-Terrorkampagne". Die legalen Parlamentsparteien veranstalteten ein Treffen um die "Demokratie" zu schützen und erklärten dem Terror den Krieg mit allen Mitteln. Unter Terroristen verstanden sie die linke Opposition. Hohe Militärs und Politiker drohten mit den Ereignissen vor dem 12. September. Schon längere Zeit fürchten die Unternehmer um den "Arbeitsfrieden" in der Türkei. In den Betrieben und an den Universitäten kämpfen die Betroffenen verstärkt um ihre Rechte. Die islamischen Extremisten und die Faschisten (graue Wölfe) versuchen ihre Kräfte zu zeigen und die Interessen der Völker von ihren realen Problemen abzulenken. zB während den Unruhen in Aserbeidschan gab es in Ankara eine spontane und unangemeldete Demonstration mit 5000 TeilnehmerInnen. Slogans wie "unser Militär nach Moskau", "Tod den Kommunisten" und "graue Wölfe nach Moskau" bestimmten die Demo. Die Polizei tolerierte diese Demonstration.

Letzten Sonntag versuchte die Polizei in Istanbul einen Wagen in dem 3 RevolutionärInnen saßen, zu kontrollieren. Die drei Insassen flüchteten und konnten sich bei der anschließenden Verfolgungsjagd

noch mehrmals befreien, dabei töteten sie einen Polizeioffizier und verletzten zwei Polizisten. In einem Garten vor einem Spital wurden zwei von ihnen verhaftet, nachdem sie alle schon verletzt waren. Der Dritte wurde am nächsten Tag schwer verletzt verhaftet, nachdem die Polizei zuvor schon von seinem Tod berichtet hatte. Bei seiner Verhaftung setzte die Türkei zum erstenmal ihre neuen "Antiterror-Sondereinheiten" ein, obwohl sie wußten das er schon schwer verletzt war.

Das war der Anlaß für eine großangelegte Verhaftungswelle in der gesamten Türkei (darunter alle Familienangehörigen der Verhafteten). Über die Medien wurde die "Antiterrorkampagne" ausgeweitet. Die Bevölkerung wurde aufgerufen hinter der Polizei zu stehen und sie zu schützen. Die Parteien haben bereits ihre Erklärungen abgegeben. Die Polizei spricht von "Terroristen", die in Ausbildungslagern in Syrien ausgebildet wurden. Mit schweren Waffen sollen diese in der Türkei unterwegs sein. Weitere Verhaftungen wurden angekündigt. Für das Militär gibt es wieder einen Feind gegen den mobilisiert werden muß.

P.S.: Der Polizist der am 1. Mai bei einer Demonstration einen 17-jährigen Arbeiter tötete wurde vor zwei Wochen von Revolutionären besucht und getötet. •

*Wenn wir diese faschistischen Massensterbe in Corum und Maras, die Unruhen in Sivas und Malatya, die Tötungen der Professoren Doganay, Tütengil und des Journalisten Ipekci, die Schießerei auf Autobusse und öffentliche Cafes herausnehmen, was bleibt übrig von dem 12. September. Wenn die nicht passiert wären, wäre es möglich das die Türkei in einem solchen Bürgerkrieg war und dadurch die Junta, die alles schon vorbereitet hatte, kommen hätte können. (aus den Verteidigungsreden von Devrimci Yol)*



# Opernball — danach.... weiter U-Haft gegen Georg W.

Im Rahmen der Opernballdemonstration wurde, wie berichtet auch eine Billa-Filiale geplündert. Kurz darauf wurde Georg verhaftet. Von den ursprünglichen Vorwürfen von Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, organisiertem Raub, Widerstand gegen die Staatsgewalt (\*\*Korr.-LeserIn bitte überprüfen!\*\*) ist nicht mehr viel übrig geblieben. Und dennoch: Verdunkelungsgefahr besteht noch allemal, also muß er in U-Haft verbleiben. Eine Haftprüfung wurde, wie in solchen Fällen üblich, durch Urlaubsreisen des U-Richters lange Zeit hinausgezögert, fand aber inzwischen statt: am 16. März. Ergebnis: Die Haftgründe bestehen weiter. Und weil Georg bislang jegliche Aussage vewe-

gert hatte, darf er auch nicht besucht werden — »wie du mir, so ich dir«, wie es seitens des U-Richters ohne Angabe dessen, wo dieser Grundsatz wohl im Gesetz verankert wäre, mal geheißen hat.

Die derzeit einzige Möglichkeit für Georg, von außen was mitzubekommen, und nicht 200%ig isoliert zu sein, ist die Post, die er teilweise bekommt. Daher: Schreibt Georg oft und viel, und jetzt gleich, nicht erst irgendwann mal: *Georg Wendel; 24Vr2116/90; Landesgerichtliches Gefangenenhaus LG1; 1080 Wien.*

## Büro des Untersuchungsrichters besetzt

(besetzerInnen)

wir haben heute, am 15.3.1990 das büro des untersuchungsrichters m. novak besetzt.

diese solidaritätsaktion begreifen wir als öffentlichkeitsarbeit, um auf die situation des inhaftierten georg aufmerksam zu machen.

wir fordern sofortige besuchserlaubnis. novak lehnt es seit drei wochen kategorisch ab, besuchserlaubnis an die freundInnen und verwandten von georg zu erteilen. bei unserem versuch besuchserlaubnis zu bekommen, argumentierte der vertreter novaks, er gewährt georg deshalb keinen besuch, weil georg die aussage verweigert. mit der offiziellen begründung »verabredungsgefahr« wurde in wirklichkeit beugehaft verhängt.

georg sitzt stellvertretend für uns alle, die gegen soziales unrecht auf die straße gehen. es soll gezeigt werden, daß es uns allen so gehen kann wie ihm: willkürliche verhaftung, und häfn unter verschärften, isolierten bedingungen. wir lassen uns von diesen methoden nicht einschüchtern! es ist einfach falsch, zu glauben, mit »brav sein« und ruhig abwarten mehr zu erreichen.

es ist kein zufall, daß gerade georg, aus der antifaschistischen scene festgehalten wird. das belegt auch die tatsache, daß die faschos, die auf der demo festgehalten wurden, sofort wieder freigelassen wurden.

faschos und bullen koordinieren sich sowohl vor als auch während der demo. sie arbeiten zusammen, wenn es darum geht, linken, revolutionären widerstand zu bekämpfen.

diese zusammenarbeit ist nichts neues - aber in dieser qualität muß das bündnis in zusammenhang mit innenpolitischen krisen (korruption, arbeitslosigkeit, bundesheerdebatte, ai-bericht, stapo-schnüffelei, lucona, noricum,...) der neuen asylgesetzgebung, polizeibefugnisgesetz, kurz: den allgemeinen änderungen und der neuen machtaufteilung gesehen werden.

die faschos auf der opernballdemo erfüllen genauso ihren zweck für die imperialisten wie die skins und reps auf den montagsdemos in der ddr.

kampfbündnisse von bullen und faschos sind weltweit traditionell und sie zeigen, wie der krieg gegen die unterdrückte klasse geführt wird, und daß er nur so in diesen bündnissen geführt werden kann. dieser krieg setzt sich auf den gerichten und im häfn auf juristischer ebene fort, wo es darum gehen soll, die klassenjustiz in faschistischer tradition auszuweiten.

bei dieser protestaktion wurden 15 personen verhaftet.

- sofortige besuchserlaubnis!
- sofortige freilassung!
- einstellung aller verfahren in zusammenhang mit der opernballdemo. •

## Brandanschlag auf Baugerüst vor LG

(kommando brenn-weg-den-scheiß)

seit der anti-opernballdemonstration wird unser genosse georg von der justiz als geisel gehalten. georg soll stellvertretend für all jene bestraft werden, die gegen die unsozialen zustände, die es in unserem land gibt, am 22.2.90 demonstrierten. da georg jede aussage gegenüber polizei und justiz verweigerte, wurde ihm bis jetzt jeder besuch untersagt. das heißt: georg hat bis heute keinerlei kontakt zur außenwelt. selbst sein anwaltsbesuch wurde von der urichterin überwacht. da wir diese zustände nicht mehr dulden wollen, haben wir beschlossen, in der nacht von do. 8.3.90 auf fr.

9.3.90 das baugerüst vor dem lg1 anzuzünden. wir hoffen, dadurch einen möglichst hohen sachsaden anzurichten. renoviert wird der häfn von der firma HAZET, jener firma, die auch beim abriß der besetzten häuser in der ägidi/spalo die finger drinnen hatte.

wir werden unseren gefangenen genossen nicht vergessen. sollte er in den nächsten tagen nicht sofort aus der haft entlassen werden, kommen wir wieder.

- sofortige freilassung von georg!
- sofortige einstellung aller verfahren im zuge der antiOpernball demo!
- kampf der klassenjustiz! •

### Liebe TATblätter!

Ich wollt' euch ohnehin schon länger 'mal schreiben, aber 's is' nix draus geworden. Auf jeden Fall herzlichen Dank dafür, daß ihr mir euer Tatblatt geschickt habt. Es war das erste zu dem Thema, was ich erfahren hab. Nachher erst hab' ich einen Kurier gesehen, aber da hat mir gleich so graust, daß ich ihn weggelegt habe. Also ganz allgemein les' ich das Tatblatt sehr gern, weil es so informativ ist, wie ein Weitwinkelobjektiv. Leider hab' ich mich noch nicht dazu aufrufen können euch zu abonnieren. Das werde ich aber sicher bald nachholen. Wichtig war es für mich in der momentanen Situation deshalb, weil ich vorher keinen Bezug zu irgendwem hatte, mit dem/r ich mich auseinandersetzen hätte können. Euer Tatblatt kam ziemlich richtig, und ich war froh, meine isoliert geführten Überlegungen in eurer Zeitschrift das erste Mal bestätigt zu finden, und darüber hinaus natürlich viele Anregungen und auch selbstkritisches (für mich) zu erfahren. Ich würd' mich freuen, wenn ihr das nächste, falls ich dann noch immer da bin, mir auch zu Augen kommen lassen könntet. Tb hat auf jeden Fall wohltuende Klarheit in die noch etwas verwirrten Gedanken gebracht, manches bleibt selbstverständlich immer (???unlesbar), aber die Situation hier kann einem schon in manchen Momenten die Sinne trüben, sodaß Einschätzungen nur mehr sehr vage, weil unbestätigt bzw ohne ernstzunehmende Kritik, und nebulos erscheinen. Tja, mehr kann ich jetzt nicht dazu schreiben, in die Tiefe führende Analysen etc will ich hier lieber nicht ausführen, weil ja nie ganz klar ist, ob die Gedankenfreiheit unter solchen Umständen auch wirklich ohne Folgen bleibt. Auf jeden Fall gibt es sicherlich keinen Zusammenhang zwischen dem Gebrauch von Rechten und einer gewissen Dunkelheit, die alles beschattet und die Grenze zwischen Selbstzensur und dem Gefühl der Gläsernheit irgendwie sehr fließend erscheinen läßt. Außerdem bin ich freiwillig hier und die Erde ist ein Quadrat. Alles andere wißt ihr selbst so gut wie ich (wenn nicht noch besser).

Mit lieben Grüßen  
Georg W.

P.S.: Schönsten Dank auf diesem Weg an alle, die mir geschrieben haben oder sonstirgendwie einen Finger krumm oder sich Gedanken oder sonst was machen. Ich kann leider nicht allen zurückschreiben, habe mich aber sehr gefreut und bin auch ziemlich angewiesen auf die Briefe und Karten. Alles Liebe, viel Kraft und sonst noch alles was es schönes auf dem Erdball gibt.

## Nichtvorsetzliches Zuschauen bei einer Amtshandlung straffrei! Zeuge eines Polizeieinsatzes nun doch freigesprochen

(TATblatt-Wien; akin)

Wie berichtet hatte der Sozialarbeiter Wolfgang K. im Juni 1989 in der U-Bahn-Passage Karlsplatz Polizisten beim amts-handeln zugeschaut: sie hatten einen Drogensüchtigen getreten, brutal gepackt und weggeschliffen. Diese Beobachtungen hat Wolfgang zur Anzeige gebracht, woraufhin Wolfgang zu dreimonatiger unbedingter Haftstrafe (!) verurteilt wurde — wegen Verleumdung. Das Urteil wurde in zweiter Instanz aufgehoben und am 15. März wieder in erster Instanz verhandelt.

Es war der Pflichtverteidiger, der mit seinem Statement die überraschende Wendung in den Prozeß bringen konnte. Die verquere Rettungsidee: Wenn mensch jemand verleumdet, muß mensch dies absichtlich tun. Gerade das absolute Fehlen

eines Motivs zeige aber, daß Wolfgang kaum wesentlich falsche Angaben gemacht haben dürfte. Dieser sei ja unmittelbar vor dem Vorfall von einer Besichtigung des KZ Mauthausen zurückgekommen und habe eine solche — wie selbst die Beamten eingestehen mußten — »für einen Außenstehenden brutal aussehende« routinemäßige Amtshandlung zum ersten Mal gesehen. Unter diesem Eindruck habe er dann die Polizisten fälschlich

cherweise angezeigt. Da aber das Tatbild der Verleumdung ausdrücklich die bewußte Begehung vorsehe, ist der Angeklagte freizusprechen. Soweit der Verteidiger.

Der Angeklagte konnte dem zwar überhaupt nicht zustimmen, doch dem Richter gefällt dieses Hintertürl, zumal es sich dadurch erübrigen würde, das Verfahren gegen die Beamten wieder aufzunehmen. Und so sprach er Wolfgang frei. ●

## Keine Räumung des ROTSTILZCHENS !!!

(Rotstilzchen)

Am 20. April um 9<sup>50</sup> wird im Saal 18 des Justizpalastes in 2. (letzter) Instanz über die Räumung des Rotstilzchens ent-

schieden.

Das Rotstilzchen gibt es seit 10 Jahren als von Subventionen unabhängiges, autonomes Zentrum/Treffpunkt. Bei uns gibts kane Chefs — wir sind ein Kollektiv! Wir machen das Rotstilzchen um Gruppen und Einzelpersonen die Möglichkeit zu geben, sich zu treffen, Veranstaltungen und Plena durchzuführen. Das Rotstilzchen ist auch ein Stadtteilzentrum mit dem Anspruch Kontakt mit/unter den Menschen im 5. Bezirk herzustellen um uns gemeinsam gegen die Stadtteilzerstörung zu wehren. Das Rotstilzchen ist ein guter Ort, wo man/frau sich ausgiebig reproduzieren und mehr oder weniger gleichgesinnte Menschen treffen und kennenlernen kann. Außerdem ist es ein bevorzugter Umschlagplatz für alle möglichen Informationen.

Margareten ist ein Sanierungsgebiet. Rund um uns herum entstehen Hotels, teure Wohnungen,...Unsere Hausbesitzerin Aloisia Weiss (1070, Lerchenfeldergürtel 34) läßt das Nebenlokal schon lange Zeit leerstehen und will uns räumen - damit sie beide Objekte zusammen teurer vermieten kann! Räumungsvorwand ist "nachteiliger Gebrauch" (d.h. Lärmbelästigung, Ungeziefer,...). Unsere Aussichten, die Räumung auf rechtllichem Weg zu verhindern sind, wie immer bei solchen Räumungsklagen, gering. Unsere einzige Möglichkeit, das Rotstilzchen zu erhalten, ist mit Euch gemeinsam (also allen, denen am Rotstilzchen etwas liegt) politischen Druck auszuüben.

Wir machen am 17.4. um 20 Uhr ein Antiräumungsplenum im Rotstilzchen. Dabei wollen wir mit Euch folgende Punkte besprechen:

- was können wir gemeinsam gegen die Räumung tun?
- welche Aktionen sind sinnvoll?
- wollt Ihr, daß das Rotstilzchen weiterbesteht?

Nehmt Kontakt mit uns auf! Macht Veranstaltungen! Verbreitet die Informationen!!!

Wir gehen hier nicht raus, denn das ist unser Rotstilzchen!!!!!!! ●

## "Der Osten — Laboratorium der Freiheit"

AnarchistInnenkongreß in Triest vom 14.-16. April '90

(Offizielle Kongreßankündigung)

JedeR sieht die raschen Veränderungen in den Ländern des Ostens, weniger bekannt dagegen ist das Wiedererwachen des Anarchismus in diesen Ländern (Polen, Ungarn, CSR, DDR, UdSSR und andere).

In fast allen Ländern des Ostens existieren anarchische Gruppen und Bewegungen.

In Triest, Grenzstadt zwischen Osten und Westen, treffen sich AnarchistInnen aus beiden Teilen Europas vom 14.-16. April zur ersten Zusammenkunft dieser Art, eine einzigartige Gelegenheit.

Dieser Kongreß hat den Zweck, den Meinungsaustausch in persönlichen Kontakten zu fördern und konkrete Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Das Treffen wird von der Gruppe "Germinal" organisiert, mit Unterstützung des F.A.T. und unter Zusammenarbeit mit anderen europäischen und nordamerikanischen Gruppen und GenossInnen.

Folgende Thmen sind vorgeschlagen:

1. Die ideologische Krise des Marxismus (Bankrott des Staatssozialismus, Erstarken des Marktes, Wiederentdeckung des Liberalismus, neue Nationalismen, Wiederaufleben der Religiosität...) und die institutionellen Veränderungen (demokratische Wahlen, Austausch der Führungsgruppen etc.)

2. Entwicklung der oppositionellen Gruppen im Osten (ökologische Tendenzen, Jugendgruppen, Féminismus, Syndikalismus, Menschenrechte etc.)

3. Neue und gemeinsame Perspektiven für AnarchistInnen in der Folge der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Einheit von 1992.

4. Technische und solidarische Zusam-

menarbeit zwischen den AnarchistInnen des Ostens und des Westens.

Es ist vorgesehen, mit einer Vollversammlung am ersten Tag zu beginnen, gewidmet dem gegenseitigen Kennenlernen der Gruppen und Einzelpersonen.

Alle werden hiermit aufgefordert, bis zum 31.3. der Gruppe Germinal in Triest eine schriftliche Vorstellung der jeweiligen Aktivitäten und der Standpunkte zur aktuellen Situation im Osten einzureichen, zusammen mit Propagandamaterialien auch wenn sie nicht aktiv teilnehmen können (möglichst englisch/französisch oder italienisch). Diese Papers werden übersetzt und auf dem Kongreß verteilt, als "Führer" für die TeilnehmerInnen.

Die Aktivitäten werden sich innerhalb von Plenarversammlungen und Kommissionen abspielen. Am 17.3. wird eine öffentliche Veranstaltung stattfinden.

Dieser Kongreß, der kein spektakuläres Ereignis sein will, wendet sich an alle anarchischen Bewegungen, vor allem aber an alle Gruppen und GenossInnen des Ostens und an die des Westens, die besonders an diesen Veränderungen interessiert sind.

Um die Kosten zu bewältigen, besonders um den GenossInnen aus dem Osten die Teilnahme zu ermöglichen, bitten wir die Gruppen aus dem Westen um konkrete Unterstützung der Initiative. conto corrente postale (Postscheckkonto): Triest 16525347 gerichtet an "Germinal" (nur für Italien) oder mit internationaler Postanweisung an Germinal, via Mazzini 11, 34121 Trieste (Italien).

Wer teilnehmen möchte, wird aufgefordert Kontakt aufzunehmen, schriftlich oder auch telefonisch (Telefon: 40—368096, Di&Fr 18-20 Uhr) ●

# Der Kampf um die Akten

*Demonstrationen gegen Polizeistaatlichkeit, Besetzung der Staatspolizei, Widerstand der Staatsgewalt*

Die Behörden sind restlos überfordert, die unzähligen Anfragen, ob denn wohl ein Akt vorliege, zu beantworten. Dabei kommen zahlreiche »BürgerInnen« dem Staat doch ohnehin sehr entgegen. So wandelten bislang jeden Mittwoch — mal mehr, mal weniger — Leute zum Innenministerium und weiß-Löschnak-wo-sonst-noch-hin, um sich den Akt selbst abzuholen. Ein paar ganz Entgegenkommende besuchten sogar das staatspolizeiliche Büro im Polizeipräsidium um den armen BeamtInnen nun auch das anstrengende Herumwühlen abzunehmen.

(TATblatt-Wien)

Jeden Mittwoch um 11 Uhr ist Treffpunkt auf der Wiener Uni-Rampe — zum langen Marsch um die Akten. Hatten anfänglich bis zu zweihundert Leute, unter ihnen grünes Staraufgebot von Pilz bis Voggenhuber, daran teilgenommen, so sind es letzten Mittwoch (21. März) schon spürbar weniger gewesen. Und keine leuchtenden Stars mehr. Grund genug für die Polizei, mal endlich wieder in Ruhe ein bißchen dreinzuschlagen, und einen Demonstranten vorübergehend festzunehmen, weil er angeblich mit einem Filzstift eine Tafel vor dem Landesgericht umbeschriftet haben soll. Die Tafel wurde umgehend von GenossInnen gereinigt, auf daß sie glänze, wie sie es noch nie zuvor getan hatte, was immerhin erwirken konnte, daß der mutmaßliche Verbrecher wieder freigelassen und *nur* auf freiem Fuß angezeigt wurde. (Kommentar eines ob des Alarmabteilungsaufgebotes erstaunten Bürgers mit Anzug und Krawatte: »Is earna da

Proksch auskumma?«)

Doch die Polizei hatte an diesem Tag schon einiges einzustecken gehabt: Drangen doch schon kurz nach acht Uhr früh einige DemonstrantInnen direkt ins Herz der staatlichen Sicherheit Österreichs ein und besetzten doch glatt für knapp eine geschlagene Stunde das staatspolizeiliche Büro im Polizeipräsidium. Dann wurden die DemonstrantInnen rausgetragen, und die Personalien aufgenommen. Anzeigen werden freilich folgen, ebenso einige Vermerke in die heißumkämpften Akte. (siehe nebenstehenden Bericht der BesetzerInnen)

Eine Großdemonstration, die vornehmlich von KP- und Grün-Gruppen organisiert worden war, und an der etwa tausend Leute teilgenommen hatten, fand am 15. März statt. Thema dieser Demonstration war aber nicht nur die Staatspolizei und das Akten-theater, sondern die polizeistaatlichen Verschärfungen als Gesamtes. Vom neuen Polizeibedürfnisgesetz bis

zu dem Block der neuen Fremdenpolizei-/Paß-/Grenzkontrollgesetze. Die jüngsten Ereignisse in Kaisersteinbruch, die Einführung der Visumpflicht gegen rumänische StaatsbürgerInnen und das Quasi-Einreiseverbot schon in den Tagen zuvor (das ätzende »Nix Valuta — nix Austria« war noch in aller Ohren) gab viel frische Wut mit auf den Weg.

Auch beim Landesgericht führte der Demonstrationzug entlang, um den seit dem Opernball in Haft gehaltenen Georg W. mit viel Krawall (akustisch) zu »grüßen«.

Den Abschluß bildete eine theatralisch aufbereitete Verbrennung von Akten und so Zeug (über die Lustighaftigkeit oder Peinlichkeit desselben kann man/frau unterschiedlicher Meinung sein. Irgendeiner hat aber einen irgendwie treffenden Vergleich mit dem Villacher Fasching zwischengerufen.) Ein Demonstrant — Kurde mit österreichischer Staatsbürgerschaft — der sich kurz von der Demonstration entfernen wollte, um aufs Klo zu gehen, wurde von Staatspolizisten angeblich »wiedererkannt«. Sie behaupteten, daß der Mann auf der Opernballdemo einen Polizisten niedergestochen haben soll. Dagegen spricht zum Einen, daß der Mann — wie ZeugInnen bezeugen können — gar nicht auf der Opernballdemo war, und zu Anderen, daß es äußerst unwahrscheinlich erscheint, daß ein Beamter niedergestochen worden ist, wo doch bis zu jenem Zeitpunkt nie etwas davon zu hören gewesen ist, obwohl ein solch mediengerecht bluttriefendes Schauerg'schichterl von der Polizei wohl kaum zurückbehalten worden wäre. Nichtsdestotrotz wurde der Mann auf freiem Fuß angezeigt.

Weitere Aktionen zu den Themen sollen folgen. Wie erwähnt finden die Mittwochsdemonstrationen zumindestens bis Ostern noch regelmäßig statt. Um Polizeiprovokationen wie letzten Mittwoch zu vermeiden, soll für die nächsten Male wieder stärker mobilisiert werden. Wenns keine Kleingruppendemo amtsbekannter LeuterIn ist, überlegen sie sich vielleicht besser, ob sie tun, wie sie wollen, oder ob sie sichs bei diesem Thema vielleicht besser verbeissen sollten. ●

## Staatspolizei besetzt

(BesetzerInnen)

Am Mittwoch, den 21. 3. (Mittwoch ist StaPo-Tag!) trafen wir (15 Leute) uns am frühen Vormittag an einem bestimmten Ort, von wo wir uns dann in Richtung Schottenring (zum Datenzentrum) auf den Weg machten. Als wir zur Bundespolizeidirektion kamen, lehnte dort ein ahnungsloser Bulle einsam an der völlig offenen Fahrzeugeinfahrt.

Als wir dann plötzlich in den Hof hineinliefen und dann von innen zum Stiegenhaus kamen (diese Route war schon vorher ausgekundschaftet worden), reagierte der Bulle und rannte uns nach. Er konnte leider auch EinEn von uns festhalten, welcher dann draußenbleiben mußte. Wir anderen gingen dann ungehindert das Stiegenhaus hinauf in den 3. Stock (StaPo-Etage), wo wir neben einem Turnsaal (!) »nur mit Turnschuhen betreten« auch das Evidenz-Büro fanden. Dort beschlossen wir zu bleiben und den Raum zu besichtigen und fotografieren. Erst nach über 5 Minuten kamen dann mehrere (Staats-)Bullen und Alarmis mit Zander an der Spitze, um uns an der Aktensuche zu hindern. Z. war aber vorerst zu perplex und dann zu aggressiv, um normal reden zu können. Das einzig verständliche neben einigen blöden Bemerkungen (»das ist kein öffentlicher Raum«, »wer is'n des?«, »aha,

die Braut vom X.Y.«) war, daß wir abhauen sollen. Als wir jedoch zögerten, wurden die Bullen handgreiflich und beförderten uns auf den Gang hinaus. Dort wurden unsere Personalien aufgenommen, und unser Fotograf wurde gezwungen, den Film selbst herauszureißen und zu vernichten, was sehr schade ist, denn auf einem Foto war der ganze Dienstplan (wer wann wieviel tut) drauf.

Nachdem also das »Nationale« aufgenommen wurde, wurden wir hinuntergeleitet (bzw gezerrt) und vor die Haustür gesetzt.

Danach (die Aktion dauerte fast eine Stunde) gab es noch eine Nachbesprechung, wo wir u.a. feststellten, daß diese Aktion eigentlich eine gute Generalprobe war. Aber nächstes Mal, wenn wir dann über 100 Leute sind, werden wir uns die Akten holen! (und wenn wir dann Millionen sind, dann holen wir uns die Tische, Sessel, Funkgeräte und Dienstkugelschreiber! unnötige Anm d Tipplers) ●

### Gemeinsames Aktenholen...

Treffpunkt:

jeden Mittwoch, 11 Uhr

Unirampe (Wien1, Dr Karl Lueger Ring 1)

## Linz:

# Demo gegen Polizeiwillkür, Spitzelstaat und für Demofreiheit

(TATblatt Linz)

Am 9.3.1990 fand in Linz eine großangelegte Demo zu obrigem Thema statt, deren Anstoß einerseits die skandalösen Prügelorgien bei der Opernballdemo waren, andererseits die auf Hochtouren laufende Diskussion über Schweinereien der Staatspolizei und des kurz vor dem Beschluß stehende Sicherheitsbefugnisgesetzes.

Aufgerufen haben gleich zwei (!) Plattformen, eine der SJ-OÖ und der Grünparteien, die andere von AnarchistInnen und KommunistInnen. Zu dieser unnötigen (?) Spaltung kam es gleich in der ersten Vorbereicherung, da die SJ vorsorglicherweise gleich die wichtigsten Vorbereitungen getroffen hatte (Demoroute anmelden, Plakate drucken). Dabei gaben sie zu erkennen, daß die Beweggründe dieser Veranstaltung lediglich die Verletzungen von Schörghuber, Zuschauer bei der Opern-

balldemo, waren. Für die andere Plattform war die Motivation zu dieser Demo jedoch eine überaus weitreichendere. Wir lassen die Spaltung zwischen Guten und Bösen beim Opernball nicht gelten. Wir sitzen alle in der selben Scheiße.

Die Haltung der SJ-OÖ ist für uns untragbar. Nicht nur, daß sie nicht zum Opernball aufgerufen haben, distanziert sich Schörghuber trotz der Vorfälle (oder gerade deswegen?) mit seiner Formulierung: "Ich war nur Zuschauer." Dieser Sdismus nach dem Motto, Blutfließen einmal live, gleicht einer puren Verhöhnung des engagierten linken Spektrums. Außerdem dürfen wir DIE Übergriffe, die tagtäglich auf den Kommissariaten passieren, nicht übersehen.

Auch die Zusammenarbeit der staatreuen Knüppelknechte mit den Faschos gehört publiziert. Jüngste Beispiele in Linz, bei denen die Bullen nur zuschauen, wenn

Linke verdroschen werden, ältere Beispiele, bei denen Linke dann festgenommen werden, verdeutlichen die eindeutige Position dieser Exekutive.

Die offizielle Demo der SJ begann um 16.00 beim Schillerpark und endete nach einem Marsch durch die Linzer Landstraße beim Taubenmarkt, wo Sigi Maron und Gust Maly spielten und Franz Witzmann redete.

Die SJ verweigerte den Aufruf zum Treffpunkt Bundespolizeidirektion, Nietzschestraße, 14.00 Uhr mit der Begründung, Ansprechpartner für Gesetzesänderungen sei die Bundesregierung (die sie allerdings am Taubenmarkt auch nicht vorfand).

Trotzdem nahm die Demo bei der BPD Linz ihren Anfang. Es versammelten sich etwa 150 Menschen, die über ein offenes Mikrofon die Gelegenheit hatten, zum Teil spontan ihren Unmut über die

Kiwarei zu äußern. Erste Faschos beobachteten neugierig die Vorgänge. Um 15.30 Uhr zogen die TeilnehmerInnen lautstark zum Schillerpark, um sich dort mit den anderen zu treffen (etwa 600 TeilnehmerInnen). Zirka 40 Autonome radikalisierten nach Zuschauer- und SJ-Meinung die Demo, da sie sich, allerdings erst am Schillerpark (nach 50 Gehminuten), vermummt. Nach der offiziellen Auflösung am Taubenmarkt riefen die Autonomen zum Weitermarsch vor das Landesgericht bzw. Gefängnis auf. Diesem Aufruf folgten etwa 150 Leute, darunter auch etliche KommunistInnen, obwohl es in den Vorbereicherungen darüber zu Differenzen gekommen war. Die Polizei mußte trotz Verbotes machtlos (naja) zusehen. ●

## Linz: Prozeß gegen Nazi

(TATblatt Linz)

Widerstand gegen die Staatsgewalt, zehn mal Sachbeschädigung (mehrere davon schwere), sieben mal Einbruch, fünf mal schwere Körperverletzung, zwei mal Besitz verbotener Waffen, Verleumdung, Hehlerei, Dealerei; nein, das ist nicht die Summe der Delikte der InsaßInnen irgendeines Häfns in Österreich, sondern die Anklagepunkte gegen eine sechsköpfige Neonazibande am 19.3.1990 beim Linzer Landesgericht. K. Schweiger, H. Schaubmair, V. Hofstadler, L. "Wigger!" Zigg, H. Horak und M. Guttenbrunner sind längst keine unbeschriebenen Blätter mehr. Auf die Gruppe verteilen sich 19 (!) einschlägige Vorstrafen. Wären alle Angriffe auf Linke, AusländerInnen, Punks usw. vor Gericht gekommen, könnte die Zahl gut und gerne mit drei multipliziert werden. Besonders Schweiger und Zigg sind als Oberschläger aus der Neonaziszene bekannt.

Auch diesmal wurde die Clique von Einzelrichter Mitterhauser mit Glaceehandschuhen angefaßt. AntifaschistInnen, welche die Verhandlung beobachteten, konnten ein Lehrstück von Klassenjustiz miterleben, sind doch die meisten Jungfaschisten aus gutem Hause. Einerseits wurden eine ganze Reihe ausständiger Verfahren zusammengefaßt, damit das Vorstrafenregister der armen Hascherl nicht allzusehr anwächst. Andererseits zeigte sich auch beim Strafausmaß, auf welcher Seite die Richterschaft steht. Schweiger, der drei schwere Körperverletzungen (meist waren Linke die Opfer) zu verantworten hat, weiters Sachbeschädigung in der Höhe von 40.000 Schilling, sowie zwei Einbrüche, kam mit lächerlichen 30.000 Schilling

Strafe davon. Die Mama (Besitzerin von POLO Moden Linz) wird's schon richten. Zigg wegen Hehlerei und Dealerei angeklagt, mit 50.000 Schilling und Horak, der dritte Kopf der Bande bekam wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und schwerer Körperverletzung 14.400 Schilling aufgebremmt. Alle Anderen gingen straffrei aus.

Ein Vergleich: Erst eine Woche zuvor wurde eine Autonome wegen "Widerstand" (der keiner war, denn am Bauch liegend mit Handschellen gefesselt, geht das nicht) zu vier Monaten unbedingter Haftstrafe verurteilt.

Bezeichnend bei dieser Verhandlung war auch, daß die neofaschistischen Aktivitäten dieser Gruppe mit keinem Wort zur Sprache kamen. Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter verschweigen das tunlichst, handelt es sich bei diesen Angeklagten doch um ihre eigene "eiserne Reserve". ●

## Die Schlacht am Linzer Hauptplatz

(siehe TATblatt -80)

(TATblatt-Linz)

Ergebnisse der Berufungsverhandlung vom 15.3. beim Oberlandesgericht: Die Richterschaft spricht recht(s), dies war wieder einmal mehr klar. Die Urteile von Fredi und Reini wurden herabgesetzt, Beates Einspruch wurde nicht Rechnung getragen (Rädelsführer!).

Fredi: zwei Monate bedingt, wegen Widerstand und schwerer Körperverletzung

Reini: 1800,- bedingt, wegen Widerstand

Beate: vier Monate unbedingt wegen Widerstand und schwerer Körperverletzung ●

# "Heißer Straßenfrühling" in Europa?

Vom 16.-18. März trafen in Wien VertreterInnen von Umweltschutzgruppen aus ganz Europa zusammen, um über die Bedrohung durch den Verkehr zu diskutieren und gemeinsamen Widerstand zu organisieren. Es wurde ein "heißer Straßenaktionsfrühling" geplant, der die Regierungen und die Auto-Lobbies dazu zwingen soll, auf die Forderungen zu reagieren, die beim Kongreß beschlossen wurden. Ein Brief der Umweltschutzgruppen an alle Regierungen Europas wurde verfaßt, in dem gefordert wurde, in Osteuropa die verkehrspolitischen Fehler Westeuropas zu vermeiden.

(versch. Umweltschutzgruppen Europas, TATblatt-Wien)

Ein nicht abzuschätzender Verkehrszuwachs droht ganz Europa zu überrollen, wenn nicht rechtzeitig Maßnahmen zur Verkehrsreduktion unternommen werden. Tausende Kilometer neue, landschafts- und umweltzerstörende Autobahnen sollen in Europa gebaut werden, wenn es nach dem Willen der Politiker und der Autolobby geht:

## MISSING LINKS — FORTSETZUNG

In Frankreich sollen 4.000 neue Autobahnkilometer dem bestehenden Netz von 6.500 km hinzugefügt werden.

2.600 km neue Autobahnen sind in der BRD geplant.

In den Niederlanden gibt es weitere Ausbaupläne, obwohl dort die höchste Autobahndichte Europas existiert. Ein treffendes Beispiel, daß der Neubau von Straßen nur neuen Verkehr erzeugt.

In Finnland, Norwegen und Schweden sind einige Autobahnprojekte im Zusammenhang mit dem Scan-Link-Projekt geplant oder in Bau.

Zwischen Schweden und Dänemark sollen eine 18 km lange Brücke über den Öresund und eine 24 km lange über den Fehmarnbelt gebaut werden. Die jetzt schon gestörte Ökologie der Nordsee und vor allem der Ostsee würde durch dieses Projekt stark gefährdet werden. Eine weitere, 6 km lange und 280 m hohe Brücke über den Storebelt soll zwei dänische Inseln verbinden. Diese Brücken werden von mächtigen Lobbies, wie dem European Roundtable of Industrialists und der Deutschen Bank, forciert.

In Polen soll das Autobahnnetz von ca

200 km auf 1.800 km ausgebaut werden. Der Trans-European-Motorway (TEM) wird von Danzig nach Südosteuropa führen und so eine neue europäische Transitstrecke bilden. Auch durch die baltische Staaten nach Finnland soll die Straße ausgebaut werden. Weitere zwei Transitrouten werden von der DDR durch Polen in die Sowjetrepubliken führen.

In der Tschechoslowakei wird mit bundesdeutschem Geld die Autobahn Prag-Pilzen-Nürnberg gebaut. Auch eine Autobahn zwischen Brno und Wien und der Ausbau der Mühlkreisautobahn drohen schon bald aus den Schubladen der Planer gezogen zu werden. Auch an einen Bau einer Autobahn Bratislava-Kosice wird gedacht.

In Ungarn wird die M1 (Budapest-Grenze zu Österreich) mit österreichischem Geld ausgebaut. Eine Stadtautobahn soll rund um Budapest errichtet werden (besonders in Hinblick auf die EXPO).

In Österreich stehen der BAU der Pyhrnautobahn, der Ostautobahn, einer neuen Verbindungsstraße im Süden Wiens, sowie der Ausbau des "Bundesstraßennetzes" bevor. Diese Entwicklung wird besonders den Verkehr aus dem Osten auf diese ausgebauten Straßen locken.

Die Öffnung des eisernen Vorhangs kann zu einem Verkehrsinfarkt führen, wenn nicht eine Entscheidung für die öffentlichen Verkehrsmittel und gegen den Straßenverkehr getroffen wird. Noch befinden sich im grenzüberschreitenden Transit 75% der Güter auf der Bahn und 25% auf der Straße. Dieses günstige Verhältnis kann sich durch den Ausbau von Autobahnen umkehren. Die osteuropäischen Länder sollen nicht dieselben verkehrspolitischen Fehler wie der Westen machen. Daher sind westliche Kredite für Straßenbauprojekte völlig inakzeptabel.

Die Vollendung eines gemeinsamen Marktes in der EG würde ebenfalls zu einer enormen Verkehrssteigerung auf unseren Straßen führen (zB durch die Verlagerung von Teilen von Produktionsprozessen in Billiglohnländer und Länder mit weniger Umweltauflagen). Besonders das "Just-in-time-System", das die Straße als "rollendes

Lager" verwendet, ist auf ein gut ausgebauten Netz angewiesen. Diese und andere Entwicklungen, wie das "Prometheus-System" (ein computergesteuertes Navigationssystem zur Erhöhung der Fahrzeugdichte auf Autobahnen) würden vor allem den LKW-Verkehr ins Unermeßliche steigern.

## DIE ZENTRALEN FORDERUNGEN

- Reduktion des Gesamtverkehrsaufkommens
- Nicht einen Meter Autobahnen mehr
- Wirtschaftspolitische Maßnahmen (zB keinen Gütertransport mehr, um Exportsubventionen zu kassieren)
- Reduktion des Schadstoffausstoßes (Die Liste mit den detaillierten Forderungen ist ungefähr zwei Seiten lang)

## AKTIONSKALENDER

**7./8. April, Dänemark:** Aktionen gegen die Brücke über den Storebelt, 150.000 Flugis sollen an die AnrainerInnen verteilt werden

**20.-22. April, Ungarn:** Öffentliche Diskussion mit Minister, Schadstoffmessungen bei Autos, Fahrraddemo mit Gasmasken + Propagierung des autofreien Tages (Leute aus Österreich sind eingeladen, daran teilzunehmen)

**20. April, Schweden:** "sleeping over"; die Entscheidung über die Öresund-Brücke wird getroffen — Aktionen am möglichen Bauplatz

**21. April, Niederlande:** Aktionen gegen Autobahnen

**22. April, Polen:** Information der Öffentlichkeit über Gefahren des Verkehrs, Folgen

**5. Mai, Norwegen:** Lokale Aktionen; die Nummerntafeln von PolitikerInnen-Autos sollen abmontiert werden, um sie dazu zu zwingen, wenigstens einen Tag lang öffentliche Verkehrsmittel zu verwenden.

**11./12. Mai, Österreich:** "Gegenverkehr" — österreichweite Demo in Wien

**14.-20. Mai, BRD:** "Mobil ohne Auto"; Motivationswoche, Blockaden

**26. Mai, Niederlande:** "pain-tour"; geplante Autobahnen sollen sichtbar gemacht werden, ein Autobahn-Damm wird (symbolisch) abgebaut.

**irgendwann im Mai, Frankreich:** "Kein Straßenverkehr in der Stadt, keine Parkplätze, bessere öffentliche Verkehrsmittel"; Straßenfest, Petition

**5. Juni, Schweden:** große Aktionen gegen Autoverkehr

Kein Ende des "Alptraum Auto" zeichnet sich bisher ab — gemeinsam werden wir es aber schaffen! ●

## Wehrdienst- Totalverweigerung in Graz

(ARGE Wehrdienstverweigerung)

Für 2.4.1990 hat Michael Steinbauer seinen Einberufungsbefehl bekommen. Für ihn steht fest, daß er den Militärdienst verweigern wird.

Freitag und Samstag, den 23. und 24. März hielt Michael eine Mahnwache am Grazer Hauptplatz und wenn er am Montag, 2.4.1990, seinen Militärdienst antreten soll, braucht er unsere Unterstützung: Ab 9.00 Uhr wird es vor der Kirchner-Kaserne, Kasernenstraße 24, eine Kundgebung geben.

Kommt alle, um Michael und allen anderen Totalverweigerern eure Solidarität zu zeigen! ●

# reVes

## Nicaragua nach den Wahlen

(von Herbert B.  
Herbert B. war als Wahlbeobachter in Nicaragua)

In der Politik sollte nix mit nix verglichen werden, und schon gar nicht Nicaragua mit dem sterbenden »realen Sozialismus« oder mit anderen Revolutionsmodellen. Natürlich auch nicht mit westlich bürgerlichen »Demokratien«. Dies als vorweggenommenes Ergebnis meiner Erkundungen.

### DAMALS (vor 11 Jahren):

Eine kleine revolutionäre Avantgarde nützt nach jahrelangem isolierten Kampf in den Bergen und mehrmaliger fast völliger Vernichtung ihrer Führung, die Gunst der Stunde — Aufstände in den Städten, ein Diktator in Panik und ein tatenloser US-Präsident Carter — und übernimmt die Macht. Die ererbten Probleme sind gigantisch, die neuhinzugekommenen nicht minder. Carter wird von Reagan abgelöst und das schon bekannte Spiel geht los. Rückzug der bürgerlichen Teile aus der ersten Regierungsjunta, Kapitalflucht, Emigration der wenigen technisch-wissenschaftlichen Kader, Wirtschaftsboykott und schließlich Kontraktkrieg der USA gegen das Land mit der EinwohnerInnenzahl einer mittleren US-Großstadt. Hilfe nur vom brustschwachen Ostblock und einer sich entwickelnden Soli-Bewegung. Im Land 70 bis 80 % AnalphabetInnen; Unterentwicklung, Gewerkschaften nur in Ansätzen, keinerlei Genossenschaftstradition, dazu als Draufgabe: einen aufgeblähten korrupten und unfähigen Staatsapparat.

1979 in der Stunde Null gab es praktisch nur eine funktionierende Kraft im Land: die FSLN, d.h. einige hundert Kader, nach mehrjährigem Guerillakrieg aus den Bergen herabgestiegen. Aufgaben: Partei plus Massenorganisation (Gewerkschaften, Genossenschaften, Frauen- und Jugendorganisationen usw), eine Armee, einen Staatsapparat und Wirtschaftslenkungsinstrumente aufzubauen. Und sie taten es. Welche kann es wundern, daß die meisten dieser Einrichtungen vertikal hierarchisch und teilweise militärisch organisiert waren?

Alphabetisierungskampagne und Aufbau des Erziehungswesen, Impfungs- und Hygienekampagne (Gesundheitswesen), sowie Landreform wurden sofort in Angriff genommen. Gemischte Wirtschaft, politischer Pluralismus und Blockfreiheit als politische Prinzipien ließen aufhorchen. Allgemeine Wehrpflicht in einer Region, in der die Berufssoldateska die Regel ist. Präsidenten- und Parlamentswahlen unter, für mittelamerikanische Verhältnisse, traumhaften Bedingungen für die Opposition,

sollten den ersehnten Frieden und Stabilität bringen.

Doch es nützte alles nix. Der US-Imperialismus war, wie immer gnadenlos: der Contra-Krieg wurde mit hunderten Millionen Dollar verschärft, die Wirtschaftssanktionen verstärkt, die Medienverleumdungskampagne eskalierte.

Die nicaraguanische Wirtschaftskrise verschlimmerte sich zusehens, verschiedene währungs- und wirtschaftspolitische Rösselsprünge der SandinistInnen erwiesen sich als Flops. Die Bevölkerung hatte teilweise einen niedrigeren Lebensstandard als unter Somoza. Der Krieg und das Sterben (rund 60.000 seit 1980) ging weiter. Die Rechnung der USA schien aufzugehen. 10 Jahre nach dem Sieg der Revolution wollte das Volk von Nicaragua die Früchte ernten und nicht immer weitere Opfer bringen. Unzufriedenheit breitete sich unübersehbar aus. Es mußte etwas geschehen.

Die SandinistInnen beschlossen, offensichtlich in einem nicht unbegründeten Gefühl des Alleingelassenseins, sich selbst und das Land am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen. Das konnte nur heißen: Frieden um — fast — jeden Preis mit dem Hauptfeind: den USA.

### DER FRIEDENS- UND WAHLPROZESS

Und die SandinistInnen zahlten: in Verhandlungen mit ihren Nachbarstaaten, mit Verhandlungsangeboten an die USA, im Vertrag von Escapula, in Verhandlungen mit den Contras, im nationalen Dialog mit der Opposition, mit einseitigen Waffenstillstandsaktionen, mit Konzessionen noch und noch, mit der Freilassung von tausenden verurteilten Verbrechern der Contra und Nationalgarde Somozas (praktisch ohne Gegenleistungen), mit der Erfüllung fast aller Forderungen der Opposition — Vorevrlegung der Wahlen, Aufhebung der Zensur, Freier Zugang zu TV und Radio für alle Parteien, Hineinnahme der UNO (Nationale Opposition Nicaragua — ein Zusammenschluß von 14 Parteien) in alle Gremien zur Durchführung der Wahlen und letztendlich eine internationale Überwachung der Wahlen und letztendlich eine internationale Überwachung der Wahlen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat.

Im Vertauen auf ihr ANsehen im Volk und teilweise auch der geschilderten Not gehorchend, stiegen die SandinistInnen praktisch auf alle Bedingungen ein und lieferten eine Fleißaufgabe für demokratische MusterschülerInnen nach der anderen.

(ich weiß schon, daß der Artikel etwas lang wird, und auch, daß sich einige

denken: um das zu schreiben, hätte er nicht überfliegen müssen. Aber wir (auch ich) verschlossen doch oft unsere AUGen vor diesen einfachen Wahrheiten, wollten sie nicht sehen. Jetzt sind sie unübersehbar geworden und eine Zusammenfassung kann nicht schaden.

### GANAMOS — toda será mejor

»Wir gewinnen — alles wird besser!« war dann auch die zentrale und fast einzige Losung der FSLN. Nicht gerade sehr politisch, aber irgendwie verständlich; wenn man/frau die Einschätzung der Kriegsmüdigkeit und der Unlust der Bevölkerung an »Gürtelengerschnallen«-Politik und revolutionären Durchhalteparolen teilt. Wurden im September/Okttober noch viele politische Versammlungen zur Einstimmung der Frente-AktivistInnen und zur Erarbeitung des Wahlprogramms durchgeführt, so gab es ab dem Jahresende nur mehr einen auf Daniel Ortega zugeschnittenen Jubel-Trubel-Volksfestwahlkampf. Die grafische Werbelinie total durchgestylt wie für »Grünes Persil«. Con Daniel Presidente — todo será mejor auf T-Shirts, Hemden, Kappen, Strohhüten, Schürzen, Rucksäcken, Aktentaschen, Luftballons, Aufklebern, Buttons, Plakaten und unzähligen farbenfrohen Wandgemälden. Dazu täglich Massenkundgebungen mit zehntausenden, in der Hauptstadt hunderttausenden begeisterten TeilnehmerInnen. Einen Pop-Star imitierenden Daniel mit tausenden Kindern am Arm, die immer gleich — samt einem Sofortbild — wieder zurück an die strahlenden Eltern gereicht wurden. Daniel hoch zu Roß, Daniel als Jogger, Daniel Baseball werfend usw. Und immer mit viel Musik und Feuerwerk. Merklar verschwanden die Uniformen, die Waffen, die SandinistInnenhalstücher, die revolutionären Sprüche und sogar die SandinistInnenhymne aus dem Alltagsleben. Diese Art von Wahlkampf gefiel uns wenig, belustigte uns eher, aber gleichzeitig merkten wir auch, wie gut er bei den Massen (scheinbar) ankam. Die Begeisterung riß uns mit, steckte an. Ein Wahlsieg der UNO schien uns (und allen WahlbeobachterInnen, MeinungsforscherInnen und JournalistInnen) unmöglich. Meine einzige Sorge war: wird der Sieg der FSLN in der Weltöffentlichkeit als demokratisch legitimiert anerkannt werden oder wird sich die Reaktion mit ihrem zu erwartenden Wahlbetrugsgeschrei durchsetzen. Die zentrale UNO-Losung: »Sie (die SandinistInnen) hatten 10 Jahre Zeit und konnten nicht — die UNO kann ja!« erschien uns dilettantisch, aber sie hat offensichtlich genau die Stimmung der Mehrheit getroffen. Der Bonus der RevolutionärInnen war verbraucht. Die SandinistInnen haben schon

alles gegeben, jetzt schauen wir uns an, was die anderen zu bieten haben, mag sich ein Teil gedacht haben. Andere ließen sich ganz einfach von der Koalition UNO-Contras-USA erpressen. So nach dem Motto: Wenn wir die Wahl gewinnen, hört der Krieg gegen euch auf, denn dann haben wir ja schon erreicht, was wir wollen. Viel wurde auch von direktem Stimmenkauf gesprochen, und es meldeten sich auch einige ZeugInnen in den Tagen danach, aber sowohl die Frente-Führung als auch ich halten dies nicht für qualitativ ausschlaggebend (Daniel: Ein Volk kann sich irren, aber es verkauft sich nicht).

### DIE ERGEBNISSE (gerundet):

UNO 55%, FSLN 40%, andere 5%.

Mandatsverteilung in der Nationalversammlung: UNO 51, FSLN 39, Yamata (Indianerrebellenorganisation an der Atlantikküste) 1, MUR (Bewegung der vereinigten Revolutionäre mit Ex-Comandante und Bürgermeister von Managua Hassan als Spitzenkandidat) 1, Von 9 Regionen hat die Frente nur in 3 die Mehrheit gehalten. Gleichzeitig wurden Gemeinderatswahlen durchgeführt, zum erstenmal seit überhaupt. Vor 1956 wurden die Bürgermeister gewählt, die sich dann nach eigenem Ermessen ihre Mitarbeiter auswählten. Dann wurden sie von Somoza eingesetzt und später von der FSLN. Jetzt gibt es ein Gesetz über Gemeindeautonomie und ein Gemeindestatut (beides in Verfassungsrang). Wobei es kleine Gemeinderäte gibt (bis 20.000 EinwohnerInnen 5, darüber 10 und in Managua 20), die nicht nur den/die BürgermeisterIn aus ihrer Mitte wählen, sondern gleichzeitig eine Art Stadtregierung sein sollen, mit erweiterten Kompetenzen, die sich aber erst in der Praxis einspielen müssen.

35 Gemeinden haben eine FSLN-Mehrheit, darunter die großen Städte Leon und Esteli (Managua ist verloren), in 70 steht es 2 zu 3 für die UNO und die restlichen rund 30 haben eine deutliche UNO-Mehrheit.

### NACH DER SCHRECKSEKUNDE

Ich habe mir als Wahlbeobachter die Gemeinde Muelle in der Region 5 ausgesucht. Eine Gegend, von der bekannt ist, daß dort die Contra eine soziale Basis hat, eine Hochburg der UNO, in der nicht einmal die optimistischsten SandinistInnen mit einer Mehrheit rechneten. Trotzdem war der Schock gewaltig: in meinem Wahllokal von 320 Stimmen 24 für die FSLN. Im Rest der Gemeinde wars nicht anders. In einem Dorf zählt die Frente 15 WahlkampfaktivistInnen, die knapp vor dem Wahltag mit kleinen Transistorradios für ihre Arbeit belohnt wurden. Dann gabs dort 11 Stimmen. In der gesamten Region 5 (mit Rama und Juigalpa, Ziel vieler Auslandshilfen) gewann die Frente keine einzige Gemeinde. Trotzdem, ich stand bis 1 Uhr nachts vor dem Lokal der Gemein-

dewahlbehörde im Hauptort, die 90%ige Mehrheit der UNO war bekannt, Hunderte standen herum: keine Freudenfeier, ja nicht einmal ein lautes Wort, nur Betroffenheit. Am nächsten Tag um die Mittagszeit in Managua das gleiche Bild: Nur Betroffenheit, fast so, als ob sich die Mehrheit schämte. Die Freudenfeiern, über die »Die Presse« berichtete, haben vielleicht in Washington stattgefunden, in Managua sicher nicht. Zwei Tage später gab es eine Siegesfeier der UNO, in einem Restorante für 300 geladene Gäste mit Einlaßkontrolle. Abends kam es dann in Managua an verschiedenen Stellen zu symbolischen Aufstandsfeuern. Kleine Gruppen von sandinistischen Jugendlichen zündeten an Straßenkreuzungen Autoreifen an (eine Tradition im Aufstand gegen Somoza), und riefen Parolen wie »No pasaran« und ließen Daniel hochleben. Später erfuhren wir, daß es in Leon und Esteli zu spontanen Massendemonstrationen gekommen war und Spitzenfunktionäre der FSLN und die Polizei nur mit Mühe den Sturm auf die UNO-Häuser verhinderten. In der Nacht versammelte sich die Nationale Direktion der Frente (die 9 Comandantes) und am Dienstag vormittag die Asamblea Sandinista (105 Mitglieder). Dienstag nachmittag und abends gabs dann im ganzen Land sehr kämpferische, gut besuchte Kundgebungen der FSLN in denen sich diese an ihre AnhängerInnen und über Radio und TV an das gesamte Volk wandten. In Managua sprach Daniel zu rund 50.000 jungen Sandinistas (die teilweise bewaffnet waren) etwa so, in Stichworten: Die Wahlen waren ein Sieg der Demokratie, niemand kann mehr daran zweifeln, daß SandinistInnen DemokratInnen sind, wir werden die Regierungsgewalt übergeben und die Revolution verteidigen. Wir sind die stärkste Partei und wir werden jetzt von unten regieren und wieder hinaufkommen. Die Contra muß demobilisiert und aufgelöst werden. Die Sandinistische Volksarmee ist der Verfassung und dem Volk verpflichtet und nicht der Regierung, ebenso die Polizei. Die Bodenreform, die Versammlungsfreiheit, die Genossenschaften, die Gewerkschaft, das Streikrecht und die Autonomie der Gemeinden sind unantastbar. Frente, Volk und Armee sind eins. Die Leute, die Nicaragua ans Ausland verkaufen wollen und Zustände wie unter Somoza wiederherstellen wollen, werden sich noch wundern. Dazu hat unser Volk nicht so viele Opfer gebracht, dafür sind unsere HeldInnen und MärtyrerInnen nicht gestorben. Und er zählt viele auf, deren Namen die Menge begeistert aufnimmt. Unsere Stimmung steigt, der Frust der letzten zwei Tage weicht einer vorsichtigen Zuversicht. Diese revolutionäre Bewegung lebt und hat nichts von ihrer moralischen Kraft verloren. Vielleicht hat sie einen heilsamen Schock erlebt. Zu wünschen wäre, daß sich die Basis ihrer eigenen Kraft besinnt, Verantwortung übernimmt und die Führung begreift, daß Bevormundung der Kader fatale Folgen hat, daß eine

Massenbewegung nicht wie kleine Guerillaeinheiten strukturiert sein kann (die FSLN hat noch immer keine gewählten Leitungsorgane) und daß die Demokratie nach außen, die man der Opposition gewährt, vor allem auch nach innen vorhanden sein muß.

In der Analyse der Wahlen werden von der Frente drei Gründe für die Niederlage (die übrigens reVes genannt wird, Rückschritt mit großem V wie Victoria in der Mitte, weil der Sieg selbst im Rückschritt beinhaltet ist) genannt:

1) die Wirtschaftskrise, von den USA bewirkt (Abstimmung mit dem Magen)

2) die Kriegsmüdigkeit, die zur Kapitulation vor der UNO führte

3) das Versprechen der UNO, die Wehrpflicht abzuschaffen, brachte ziemlich sicher viele Stimmen

Das sind Faktoren, für die die FSLN nichts kann. Aber dazu kommen sicherlich noch einige hausgemachte Fehler: die oben genannte mangelnde innerparteiliche Demokratie und der Paternalismus der Führung, der sich spätestens beim Ausbleiben der Erfolge rächt. Ein taktischer Fehler war wahrscheinlich auch die von der Frente mitbetriebene Polarisierung zwischen FSLN und UNO, so als ob es keine andere Möglichkeit gäbe. Sie zerbröselte nicht nur acht kleine Parteien, die das USA-Spiel nicht mitspielen wollten, sondern ließ letztlich die UNO als einziger Oppositionspartei erscheinen.

### WIE KANN'S WEITERGEHEN ?

Die UNO ist in sich zerstritten, die 14 ParteiführerInnen wie Hund und Katz, bisher nur durch ihre Gier nach Einfluß und Dollars zusammengehalten. Die meisten Versprechungen, die sie im Wahlkampf machten, können sie nicht erfüllen, entweder, weil sie sich gegenseitig ausschließen oder weil dazu eine Verfassungsänderung (60%) nötig wäre. Die Violetta wird eine schwache Präsidentin sein, ohne Hausmacht und ohne Rückhalt im Volk. Außerdem möchte ich schon gern sehen, wie in Lateinamerika eine rechte Regierung Politik macht, wenn sie sich nicht auf den Unterdrückungsapparat Polizei und Heer stützen kann. Die Verbündeten der UNO, USA und Contra, scheinen auch wenig Vertrauen in die neue Regierung zu haben. Denn die einen sind in ihren Unterstützungserklärungen sehr vage und die anderen scheinen auch eigene Wege zumindest in Erwägung zu ziehen. Auf der anderen Seite steht mit der FSLN eine Opposition, stark und demokratisch legitimiert wie kaum eine andere in der Weltgeschichte: 40% im Parlament, ohne sie keine Verfassungsänderung, und fast alles, was die Reaktion weghaben will, hat Verfassungsrang. Trotz der Niederlage viel Ansehen im Volk (ich vermute, daß vielen ihre Stimme für die UNO schon leid tut), sie haben als einzige Kampferfahrung und verfügen über Massenorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugend,

Frauen usw.). Dazu kommt: Sie haben noch zwei Monate Zeit (Amtsübergabe am 25.4.1990) um einiges in Ordnung zu bringen: Besitztitel der Landreform und verschiedene Besetzungen (wilde Siedlungen) zu legalisieren, Parallelstrukturen zum Regierungsapparat (unabhängige Institute, Vereine usw.) auszubauen. Das geschieht mit einem Affentempo, wir konnten uns zwischen 27.2. und 6.3. davon überzeugen. Gesetze können sie auch schnell ändern, ganz legal: z.B. legte das Mediengesetz bis jetzt das Staatsmonopol auf Fernsehkanäle fest. Dieses Gesetz ist bereits abgeschafft, jetzt kann es Privat-TV geben. Die FSLN nimmt ihren Privatkanal im April in Betrieb.

### INTERNATIONALE SOLIDARITÄT umstrukturieren und verstärken!

Dienstag sprach Daniel zum Volk und schon am Mittwoch zu rund 1000 in Managua versammelten Internationa-  
listas. Ein Aufruf, das Volk Nicaraguas in der schwierigen Situation nicht im Stich zu lassen und gleichzeitig das Versprechen, daß die Frente die Revolution und ihre Errungenschaften mit aller Entschiedenheit verteidigen wird. In den 35 FSLN-Mehrheits-Gemeinden (z.B. Städtepartnerschaften Salzburg — Leon, Linz — San Carlos, Wiener Brigadisten — Condega) sind keine großen organisatorischen Veränderungen notwendig. Diese Städte sollen sandinistische Mustergemeinden werden. Wo-

anders wird es neue Basisorganisationen geben, mit denen Hilfsprojekte abgewickelt werden können. Aber letztlich gilt: die Errungenschaften der Revolution sind für alle da und müssen für alle erreicht bzw. verteidigt werden. Auch für die, die die UNO gewählt haben. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Außer: WelcheR mehr über meine 5-wöchigen Beobachtungen, oder schöne bunte Dias sehen will, oder gar was tun will für Nicaragua und sein Volk, die/der kommt am Dienstag, den 3. April um 17.30 Uhr in Brücke (Wien 1, Wipplingerstraße 23) zum Politischen Gespräch der GE mit dem Thema »Nicaragua nach den Wahlen«, oder schon am Donnerstag, 29 März 19 Uhr in den »Club International« (Wien 16, Yppenplatz) ●

## El Salvador: Kommuniqué der FMLN zur Einstellung der Sabotage

(ides)

Als Reaktion auf die Aufrufe verschiedener politischer, sozialer und ökonomischer Sektoren an die beiden kriegsführenden Parteien hat die Generalkommandantur der FMLN beschlossen, eine Geste von großer politischer und sozialer Bedeutung für El Salvador zu setzen. Die wichtigsten Entscheidungen sind die folgenden:

1. Es ist ein Beitrag, den Spielraum für die Arbeit der politischen Parteien, Gewerkschaften und gremialen Vereinigungen des Landes zu erweitern, der ihre Beteiligung im Kampf um eine politische Verhandlungslösung des Konflikts verstärkt und gleichzeitig die regierungsamtlichen Ausflüchte, die auf Verhinderung dieser Beteiligung und die freie Meinungsäußerung aller nationalen Sektoren abzielen, nichtig macht.
2. Fortschritt im Prozeß der Humanisierung des Konflikts.
3. Stärkung der Erfolgsaussichten der Vermittlungsrolle des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, in dem Versuch, den Verhandlungsprozeß zu vereinbaren und die aktuelle Stagna-

tion zu überwinden, die aus dem Mangel an Flexibilität der Regierung folgt.

Die folgenden Maßnahmen werden ab 16.3.1990 in Kraft treten:

1. Vollständige Einstellung der Sabotage an öffentlichen Transportmitteln
2. Vollständige Einstellung der Sabotage an Einkaufszentren
3. Vollständige Einstellung der Sabotage an Telephoneinrichtungen
4. Vollständige Einstellung von Attentaten gegen öffentliche Beamte und Zivilpersonen, die nicht Teil des militärischen und paramilitärischen Apparates der Streitkräfte von El Salvador sind.

Diese Gesten sind ein Beitrag unserer Front für den Frieden unseres Landes und stehen in Übereinstimmung mit der größten Sehnsucht unseres ganzen Volkes und der verschiedenen politischen, ökonomischen und sozialen Sektoren von El Salvador und dienen dazu, eine politische Verhandlungslösung des Konflikts zu erreichen, die die Demokratie für die ganze Nation garantiert. ●

Die Kommandanten der FMLN, 13. März 1990

## DDR: Wohin geht die Linke auf die Straße oder ins Parlament?

(TATblatt Wien)

Anachronismus: Die große Zahl linker Gruppierungen, die sich der Wahl zur DDR-Volkskammer stellten, bedeutet eine ebenso große Zahl an Wahlfeiern. Das führte zu akutem Raumangel: Gruppierungen wie die "Initiative Vereinigte Linke" und das "Forum 90", die zuvor nicht zu einer gemeinsamen Kandidatur hatten zusammenfinden können, feierten beide im "Haus der Demokratie" ihr — für sie unerwartet schlechtes — Wahlergebnis.

Die Zersplitterung der DDR-Linken ist sicherlich ein Mitgrund für das "Katastrophenergebnis" des 18. März.

ine erstaunliche Differenzierung innerhalb der Linken hat schon einmal die SED hervorgebracht. Viele linke Intellektuelle, etwa aus dem universitären Bereich, hatten sich ein Betätigungsfeld in der SED gesucht, versuchten sich in Basisarbeit innerhalb der Parteistrukturen. Was uns SO einmal als völlig unsinnig und unmöglich erscheint, hat Hintergrund. Während politischer Arbeit außerhalb der Parteistrukturen angesichts der staatlichen Repression eindeutige Grenzen gesetzt waren, verflossen diese innerhalb der SED zunehmend. Dank der Möglichkeit, die Infrastruktur der SED zu nutzen und der Verankerung

vieler AktivistInnen in den örtlichen Parteistrukturen konnte 1987 die Kahlschlag "sanierung" ganzer Straßenzüge von Altbauten im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg von den BewohnerInnen, die sich zu (heute noch bestehenden) BürgerInneninitiativen zusammengeschlossen hatten, verhindert werden (das Projekt wird gerade wieder von West-Berliner Immobilienfirmen aus der Schreibtischlade geholt).

Die Unmöglichkeit prinzipieller Systemkritik innerhalb der sich sozialistisch nennenden Partei war dann ausschlaggebend für die Konstituierung linker Basisinitiativen, oftmals unter dem mittelmäßig schützenden Mantel der Kirche. Kleine Oppositionsgruppen füllten Bibliotheken mit Literatur, die offiziell nirgendwo zu erhalten war und verbreiteten unterdrückte Nachrichten (alles über das Böse in der DDR), zum Beispiel in den Berliner "Umweltblättern", die seit 1986 in kürzeren Abständen mit einer Auflage von 2000 Stück erscheinen (seit der "Wende" unter dem Namen "Telegraph"). Mit geschätzten 10 LeserInnen pro Exemplar dürften die "Umweltblätter" die größte und auch bekannteste Untergrundzeitschrift der DDR gewesen sein.

So richtig zueinander gefunden schei-

nen diese verschiedenen linken Spektren bis heute nicht zu haben. Zum einen, weil die nach dem Ende Honeckers neugewonnene Möglichkeit sich offen in Initiativen zu organisieren eine wahre Basisinitiativen-GründerInnenzeit hervorgebracht hatte und die so entstandenen Gruppen vieles im Sinn hatten, bloß keine neuerliche Vereinnahmung durch wen auch immer; zum anderen aber auch deshalb, weil die völlige Denunziation der Worte "links" oder "sozialistisch" im "real existierenden Sozialismus" zu regelrechten "Unvereinbarkeitsbestimmungen" geführt hat. Im "Bündnis 90" vertretene Gruppierungen wie "Demokratie Jetzt!" oder "Neues Forum" hatten nicht nur die Zusammenarbeit mit ehemaligen SED-MitgliederInnen, sondern auch mit der "Initiative Vereinigte Linke" ausgeschlossen.

Ihr Scherflein zur Spaltung haben auch (wie wäre es anders zu erwarten) die Grünen der BRD beigetragen. Entgegen ihren Beteuerungen, sich "als einzige politische Partei nicht in den Wahlkampf eines anderen souveränen Staates eingemischt" zu haben, übten sie massiven Druck auf die DDR-Grünen aus, um ein Bündnis zwischen "Grüner Partei". "Unabhängigem Frauenverband" und der "Initiative Verei-

nigte Linke" zu verhindern.

Dieser Akt der "Nichteinmischung" wird in einem Bericht der beiden bundesdeutschen Realo-Grünen Wetzel und Schnappertz an die grüne Bundestagsfraktion damit begründet, daß "durch ein schlechtes Abschneiden der ökologisch-demokratischen Kräfte in der DDR (...) unsere eigene Existenz (die der BRD-Grünen; Anm.TATblatt) unmittelbar bedroht" wäre. "Es besteht die Gefahr, daß sich neben dem 'Bündnis 90' ein zweites, linkssozialistisches Bündnis herausbildet, daß bei dem teilweise marxistischen Profil seiner Mitgliedsorganisationen in der DDR mit Schimpf und Schande scheitern würde. Das wäre vielleicht nicht weiter schlimm, wenn es nicht stark danach aussähe, daß sich die Grüne Partei daran beteiligte. (...) Es ließe sich kaum rechtfertigen, wenn die Grünen in der SED-verwüsteten DDR ein marxistisch-sozialistisches Wahlbündnis unterstützten. Den daraus folgenden Ruin der Grünen Partei der DDR könnten wir nur einigermaßen überstehen, indem wir uns ostentativ von diesem Wahlbündnis und damit auch von der Grünen Partei distanzieren (...). Die Unterstützung der sich selbst qua Ideologie marginalisierenden Randgruppen in der DDR würde uns in der Folge ihres katastrophalen Wahlergebnisses und ihres in Verruf geratenen Politikverständnisses selbst marginalisieren." Eine Folge dieses Briefes war die Absage der "Grünen Partei" an das drohende "linkssozialistische" Wahlbündnis und die gemeinsame Kandidatur mit dem "Unabhängigen Frauenverband". Statt einem Wahlbündnis aller Gruppen, die die Demonstrationen Ende vorigen Jahres getragen hatten, gab es nunmehr derer drei:

- das "Bündnis 90" mit den Restbeständen des an der Parlamentarismusfrage zerbrochenen "Neuen Forums", der Gruppe "Demokratie Jetzt" und der "Initiative Friede und Menschenrechte"
- die "Grüne Partei und Unabhängiger Frauenverband" und
- die "Initiative Vereinigte Linke".

Doch damit nicht genug. Als sich im Februar AktivistInnen der bereits zuvor erwähnten BürgerInneninitiativen vom Prenzlauer Berg für eine Mitarbeit in der "Grünen Partei" interessierten, wunken die aus Bonn angereisten Damen und Herren nach kurzem Getuschel ab: zu SED-verdächtig. Und als die Frauen des "Unabhängigen Frauenverbandes" vorletzten Sonntagabend die ohnehin nicht glänzenden Ergebnisse der Wahl einer ersten Analyse unterzogen, fiel es ihnen wie Schuppen von den Augen. Ihre gemeinsame Liste mit der "Grünen Partei" war nach dem Reißverschlusprinzip zustande gekommen. Doch anders als mensch denken möchte, landeten nicht jeweils die vom Frauenverband, sondern die von der "Grünen Partei" nominierten KandidatEN an den ungeraden Listenplätzen. Folge: Sollte nicht noch ein VertretER der Grünen sein Mandat zurücklegen, wird keine einzige Exponentin des Unabhängigen Frauenverbandes" in

die Volkskammer einziehen!

### VOM STALI- ZUM POPU...?

Zersplitterte Linke — in dieser Diskussion darf auch die PDS nicht fehlen. Mit über 16 heimgebrachten Prozenten Anteil an den WählerInnenstimmen ist sie die stärkste aller noch irgendwie zum fortschrittlichen Lager zu zählenden Kräfte. Ihre Wahlpropaganda hat — zumindest in Berlin/Hauptstadt — das Straßenbild dominiert. Mit Sprüchen wie "eine starke Opposition für die Schwachen" und Plakaten "gedruckt in der DDR" (um auf die massive Einmischung seitens der BRD-Parteien hinzuweisen) oder dem "stern" täuschend ähnlich sehende Flugblätter mit der Aufschrift "stern-extra zur Wahl" hat uns nicht gefragt, wir antworten trotzdem" hoben sie vom Schwarz-Rot-Gold der Rechtsparteien (auch der SPD) wohlthuend ab. Mit besonders geistreich formulierten linken Inhalten ist sie jedoch nicht aufgefallen. Genau genommen können wir dem Vorwurf der "Allianz", die PDS beschränke sich darauf, den Teufel des Anschlusses an die BRD gemäß Art.23 GG an die Wand zu malen, durchaus anschließen. Konkrete Vorstellungen über Form und Inhalt zukünftiger "demokratisch sozialistischer" Politik, konkrete Lösungsmodelle für die Probleme der DDR links des Anschlusses suchte mensch vergeblich. Es fällt uns aus diesem Grund auch schwer, an eine lange Lebensdauer der PDS, die sich organisatorisch, personell und inhaltlich fast vollständig von der SED-Vergangenheit getrennt hat (z.B. wurden nicht einfach alle SED-MitgliederInnen automatisch solche der PDS; dazu mußte ein neuer Antrag gestellt werden), zu glauben. Die Menschen, die PDS wählten, stimmten gegen den Anschluß, und nicht für ein linkes Programm!

### DER KELLER WARTET.....

Aktionsbündnis Vereinigte Linke: 0,17%
Bündnis 90: 2,82%
Grüne + Unabhgg. Frauenverband: 1,95%

Ohne aus der Hüfte heraus die komplette Wahlanalyse samt Zukunftsprognose liefern zu wollen, glauben wir heute sagen zu können, daß die DDR-Linke eigentlich genau dort steht, wo alle linken und fortschrittlichen, auf Parlamentarismus vertrauenden Gruppierungen im sog. Westen stehen (also von der DDR aus liegt Österreich im Süden). Vor der Entscheidung, sich entweder für den langwierigen Aufbau demokratischer Widerstandsstrukturen von unten oder aber für parlamentarische Profilierung zu entscheiden. Das Wahlergebnis zwingt zu Konsequenzen, weil, wie es Thomas Klein von der "Initiative Vereinigte Linke" ausdrückt, "wir sonst in zwei Monaten wieder im Keller sitzen". Das legitistische Instrumentarium dazu ist da, es wird bloß nicht angewandt. "Wenn er wollte, der De Maiziere (DDR-Berliner CDU-Marionette; Anm.TATblatt), der könnte sofort wieder eine Diktatur aufstellen." Der "Unabhängige Frauen-

verband" und die "Vereinigte Linke" wollen einen Zusammenschluß aller fortschrittlichen Gruppierungen. Ein erster Schritt ist zwar schon gesetzt, nachdem sich vergangenen Freitag "Grüne Partei und Frauenverband" und "Bündnis 90" zu einer gemeinsamen Volkskammerfraktion zusammengeschlossen haben, die "Vereinigte Linke" sitzt aber noch quasi vor der Tür. Schon erwähnte "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" stehen der Zusammenarbeit noch im Weg. Das alles erinnert so verdammt an die Gründungsphase der österreichischen Grünen: Was nach links riecht (riecht mensch angeblich ja schon Kilometer gegen den Wind), wird ausgegrenzt.

Die Leute vom "Telegraph", die (rein räumlich) erst gar nicht aus ihrem Keller herausgekommen sind, berührt das wenig. Sympathien für irgendwelche parlamentaristische Spaziergänge hegen sie ohnedies nicht. Und die Erfahrungen mit der "neuen Freiheit" entpuppten sich für sie als gar nicht so toll: Nachdem der runde Tisch bereits im Jänner das unbeschränkte Eindringen bundesdeutscher Zeitungen in die DDR behindert hatte, um so den DDR-Zeitungen (und da vor allem den ehemaligen Untergrundzeitungen) die Chance einer Konsolidierung am Markt zu geben, unterliefen die großen BRD-Verlage allesamt diese Bestimmung, so daß sie Anfang März revidiert werden mußte. Sie war von der Realität überholt worden. Bildzeitung und Co werden nun, wie es z.B. in Österreich üblich ist, per Post und zu deutlich verbilligtem Tarif zugestellt. Nicht so der "Telegraph", dessen bereits Anfang Jänner eingebrachter Antrag von der Post bisher nicht bearbeitet wurde. In mehreren, sehr guten und fundierten Beiträgen, hat der "Telegraph" gegen "freie Wahlen" im Allgemeinen und gegen den von Kohl und De Maiziere erzwungenen Wahltermin im besonderen argumentiert. Die Sorgen der unabhängigen linken (sie "akzeptieren diese schwammige Bezeichnung zur Not") sind andere. Mit dem Wahlsieg der CDU fürchten sie, wird den besetzten Häusern, derer es nicht wenige gibt, ein bundesdeutsches Ende bereitet werden. Während die radikale Linke erst langsam eigene Erfahrungen sammeln muß, löst die Polizei diese Probleme per Anruf. Die Kollegen im Westen wissen, wie's gemacht wird.

Klar ist jedenfalls, daß das Hoffen auf die WählerInnen völlig daneben gegangen ist. Die Linken werden wieder dort weitermachen müssen, wo sie im November aufgehört haben, in der Basisarbeit.

Pessimistisch oder traurig sind unsere FreundInnen (GenossInnen zu schreiben, traue ich mich nicht. Schließlich schicken wir ihnen auch ein Exemplar zu) beim "Telegraphen" aber nicht: Zwar sind die meisten AktivistInnen zur Zeit in anderen Initiativen, Parteien oder besetzten Häusern tätig, aber "im Juni, wenn dann alle (nach den Kommunalwahlen im Mai; Anm. TATblatt) vom Parlamentarismustrip heruntergekommen sind, wird sich das ganze wohl konsolidieren." ●

Das folgende Interview mit Karam Khella entstand nach einem Seminar mit dem Thema »Der Zionismus als ein Produkt der imperialistischen Interessen im arabischen Raum«.

Das ahistorische Verhältnis der Linken, die Zionismus als das Werk von Idealisten, und Faschismus als das Werk von Durchgeknallten darstellen, ohne den Zusammenhang von Imperialismus und imperialistischer Logik herzustellen, stellt uns in der antiimperialistischen Internationalismusarbeit vor die Aufgabe ein genaues Verhältnis zum Zionismus zu entwickeln.

Solidaritätsarbeit mit dem palästinensischen Volk und der Intifada bedeutet auch die zionistische Propaganda zu entlarven

und die imperialistischen Interessen an dem zionistischen Gebilde (»Israel«) in Palästina und weltweit aufzuklären.

Der Artikel erscheint deshalb mit einer Zeitverzögerung von 3 Monaten, weil wir vorher noch mit dem TATblatt-Kollektiv den Antisemitismusvorwurf diskutieren mußten.

Einstweiliges Resultat der Diskussion mit dem TATblatt-Kollektiv sind die Anmerkungen, Fußnoten und Buchempfehlungen, die wir dem Interview beifügen, und der Wunsch eine genaue Diskussion zum Thema Antisemitismus und Imperialismus zu führen.

Autonome Palästine-Gruppe Wien

# Der Zionismus

## als ein Produkt der imperialistischen Interessen im arabischen Raum

### (TEIL 2)

*Ein anderes Thema jetzt: Sykes Picot Abkommen war zwischen Frankreich und England. Kurze Zeit später war die Balfour Declaration. Kannst du die Balfour Declaration näher erläutern?*

Als die beiden Kolonialmächte England und Frankreich in etwa absehen konnten, daß der 1. Weltkrieg zu ihren Gunsten ausgehen würde, mit anderen Worten, daß Deutschland als Besiegter, sie hingegen als Sieger hervorgehen würden, haben sie damit begonnen, die Welt unter sich zu teilen. Der Name der Aufteilung der Welt unter den beiden Kolonialmächten England und Frankreich trägt den Namen Sykes Picot, benannt nach den beiden Unterhändlern. Natürlich haben sie die Welt in der Annahme und in der Hoffnung geteilt, daß sie langfristig unter ihrer Herrschaft bleiben würde. Deshalb ist also Sykes Picot nicht allein beschränkt auf den arabischen Raum, sondern streckt sich bis Afrika, Asien, und schaffte Probleme, die bis zum heutigen Tag noch andauern. 1917 (Sykes Picot stammt aus dem Jahr 1916) beginnt England damit, die Erfolge und gewinne des 1. Weltkrieges für sich zu realisieren. Im November 1917 war der Krieg entschieden, obwohl er noch nicht zu Ende war, aber es war ganz klar, daß England hier Hauptsieger sein würde. Das Datum der Balfour Declaration spricht auch eine ganz eindeutige Sprache, es ist kein zufälliges Datum, am 2. November 1917 war die Revolution in Rußland eingeleitet, und die war ja ganz kurz. In 10 Tagen war das Kräfteverhältnis in der Sowjetunion zugunsten der Bolschewiki umgekrempelt worden. Der Kapitalismus im Westen war entschlossen, das Rad der Geschichte in der Sowjetunion zurückzudrehen, und brauchte auch unter diesem Aspekt Israel. So hat der englische Außenminister Balfour eine Erklärung — genauer handelte es sich dabei um einen Brief, den er an seinen Freund Rothschild, als Chef der Jewish Agency, also als politischer Vertreter der zionistischen Bewegung — die Errichtung einer sogenannten nationalen Heimstätte für die Juden. Mit anderen Worten hat England mit diesen Mitteln das zionistische

Projekt in die Realität umzusetzen, zu verwirklichen.

*Das ist jetzt schon bekannt geworden, daß das faschistische Deutschland mit den Zionisten zusammengearbeitet hat. Die Zionisten behaupten heute, daß das notwendig war, um das Leben der Juden zu retten. Am Anfang dieser Zusammenarbeit stand das Havara-Abkommen. Um was handelt es sich dabei?*

Am Anfang versuchten die Zionisten die Enthüllungen über die Zusammenarbeit mit den Nazis zu verleugnen, zu fälschen, lächerlich zu machen. Das ist ihnen nicht gelungen. Immer mehr Dokumente sind bekannt geworden, die diese Zusammenarbeit bekunden. Diese Zusammenar-

beit hat nicht die Form einer Zufälligkeit, und ist auch nicht dadurch begründet gewesen, jüdisches Menschenleben zu retten, sondern im Gegenteil. Das war ein gemeinsames Interesse von Nazis und Zionisten in Grundfragen. So steht das Havara-Abkommen als ein gutes Beispiel für die organische Interessensidentität von Nazis und Zionisten. Das Havara-Abkommen ist kurz nach der faschistischen Machtergreifung in Deutschland geschlossen worden, also schon 1933, zwischen den Vertretern Nazideutschlands auf der einen Seite, und den Vertretern der Jewish Agency, als den politischen Vertretern des Zionismus auf der anderen Seite. Dieses Havara-Abkommen organisiert die Vertreibung der Juden aus Deutschland, und

#### Die Zusammenarbeit der Zionisten mit den deutschen Faschisten

(aus »Mythos Kibbuz« von Afif Tahir; Seiten 16,17)

Es gab von Anfang an Übereinstimmung von Prinzipien zwischen »Antisemitismus« in Europa und der zionistischen Bewegung, weil der »Antisemit« die jüdische Präsenz in der europäischen Gesellschaft loswerden will, und der Zionist arbeitet für das gleiche Ziel, um die jüdische Präsenz von Europa nach Palästina zu verlegen.

Diese Übereinstimmung beherrscht alle diplomatischen Aktivitäten, die die zionistische Bewegung seit ihrer Gründung 1897 unternahm. Theodor Herzl betrachtet den Antisemitismus als eine nützliche »treibende Kraft«, die die Juden zwingen würde, von Europa nach Palästina zu emigrieren, um die kolonialistischen Ziele des Zionismus zu erreichen. Herzl verbündete sich immer mit führenden »Antisemiten« in Europa, wie zB Wenzel von Pheve, dem Innenminister im zaristischen Rußland.

Als die »nationalsozialistische Partei«, geführt von Adolf Hitler, in Deutschland an die Macht kam, fanden die Zionisten darin eine goldene Möglichkeit, ihre Pläne auszuführen. Sie begannen unmittelbar Verhandlungen mit der Nazi-Regierung und die beiden Seiten erzielten ihr erstes Abkommen im August 1933 (Havara-Abkommen) d.h. weniger als 8 Monate nach der Machtergreifung Hitlers. Dieses Abkommen regelte Vereinfachungen für den Transport von jüdischem Kapital von Deutschland nach Palästina. Im Jahre 1938, als die Faschisten Österreich anektierten, schickte die zionistische Bewegung zwei ihrer Mitglieder nach Berlin und Wien. In Berlin unterzeichnete der Zionist Pinhas Ginsberg ein Geheimabkommen mit der GeStaPo. In Wien unterzeichnete Moshe Bar-Gilad ein ähnliches Abkommen mit Adolf Eichmann, dem Leiter des jüdischen Auswanderungsbüros in Wien. Diese zwei Abkommen sahen die Ausbildung von jungen Zionisten in Speziallagern in Deutschland und

Österreich durch Nazi-Ausbilder vor, und anschließend ihre Reise nach Palästina, wo sie sich in den terroristischen Organisationen wie Haganah und Irgun organisieren würden. Die zionistische Bewegung verpflichtete sich als Gegenleistung zum Transfer von der größtmöglichen Anzahl von deutschen und österreichischen Juden, und alle Reisekosten dieser Emigranten zu tragen. Diese zwei Abkommen blieben gültig bis zum Jahre 41. Somit half das faschistische Deutschland bei der Ausbildung der zionistischen Siedler in terroristischen Methoden, die sie in der Folge verwendet haben, um das palästinensische Volk zu vertreiben und sein Land, Palästina, zu besetzen.

Was bitte, soll das bedeuten, daß hier ausgerechnet die Begriffe Antisemitismus und Nationalsozialismus unter Anführungszeichen stehen? Etwa daß das nur Propagandaerfindungen der Zionisten sind? Wenn es deswegen unter Anführungszeichen steht, weil Antisemitismus sachlich falsch ist, weil der Begriff Semitn eigentlich nicht Jüdn bedeutet, sondern vielmehr Palästinenserinnen, wie ihr es uns mündlich mal erklärt habt, dann gehörte dies auch hier irgendwie ausgeführt. In dieser Form sind uns die von uns geforderten Erklärungen zu wenig. Anm des TATblatt-Kollektivs.

zwar zu einem Zeitpunkt, an dem diese Politik noch nicht anstand. Das heißt im Prinzip, daß die Jewish Agency erreichen wollte, daß die Juden aus Deutschland vertrieben werden mußten. Dies hört natürlich kein Zionist sehr gerne. Das Havara-Abkommen sieht vor, daß Deutsche jüdischen Glaubens ihren Besitz gegen einen Gegenwert auflösen. Dieser Gegenwert wird bei der Zentralstelle der Deutschen Auswanderungsbehörde hinterlegt. Dieses Geld können sie nur unter der Bedingung bei der Deutschen Auswanderungsbehörde wiederbekommen, wenn sie nach Palästina auswandern. Wandern sie nicht nach Palästina aus, sondern woandershin, kriegen sie ihr Geld nicht mehr. Das heißt, der Zionismus wollte mit Hilfe des Havara-Abkommens erreichen, daß Juden nach Palästina kommen, und nicht etwa, daß damit Menschenleben gerettet werden.

*Die BRD hat angeblich nach dem 2. Weltkrieg Wiedergutmachungszahlungen an jüdische Opfer des deutschen Faschismus gezahlt. An welche Leute ist das Geld wirklich gegangen?*

Die BRD hat Wiedergutmachungszahlungen geleistet, aber nicht an die Verfolgten jüdischen Familien oder Menschen, sondern diese Mittel wurden an den Staat Israel gezahlt. Der Staat Israel hat zur Zeit der Nazis nicht bestanden, das ist eine Gründung des Jahres 1948. Der Staat Israel hat nicht gelitten unter den Naziverbrechen. Gelitten haben jüdische Familien. Nun hat also die BRD einvernehmlich mit

Die sogenannten Wiedergutmachungszahlungen oder Reparationszahlungen seitens der BRD direkt an das zionistische Gebilde »Israel« sind als ein imperialistisches Projekt zur Sicherung der Existenz des Staates »Israel« zu verstehen. Nach den USA ist die BRD der zweitgrößte Geldgeber; im Zuge der Wiedergutmachungszahlungen, von 1953 (unter der Adenauer-Regierung gesetzlich abgesegnet) bis 1984 wurden 7,5 Milliarden Dollar bezahlt. Auf der anderen Seite bekamen sehr wenige Menschen jüdischen Glaubens, die als Opfer des faschistischen Nazi-Regimes anerkannt wurden, Entschädigungszahlungen. Diese kamen auch nur aufgrund massiver Proteste seitens jüdischer Gemeinden zustande.

Israel dem Staat Israel ein Alleinvertragsrecht für die Juden erklärt, und damit habe sie den Vorwand geschaffen, Israel aufzurüsten und stark zu machen, damit Israel seine imperialistische Funktion in der Region wahrnehmen kann, und das auf dem Rücken verfolgter, ausgeraubter, deutscher Juden, deren Besitz in Nazi-Deutschland beschlagnahmt wurde. Die Juden, die in der BRD leben, kriegen keine Mittel aus der Wiedergutmachung. Alle diese Wiedergutmachungszahlungen in Milliardenhöhe gingen an Israel. Schon ganz am Anfang der zionistischen Staatsgründung bekam Israel von der BRD die Kriegsmarine und die Handelsmarine ausgeliefert, geschweige denn von den Waffenarsenalen. Und das hieß im bundesdeutschen Sprachgebrauch Wiedergutma-

chung.

*Was sind, deiner Meinung nach, die wesentlichen Aufgaben der Solidaritätsarbeit?*

Man kann hier zwei Hauptaufgaben der Solidaritätsarbeit nennen. Eine Aufgabe ist die Entlarvung der zionistischen Verbrechen, die Darstellung des Rassismus Israels gegen das palästinensische Volk. Auch klarmachen, daß der Zionismus einen Mißbrauch jüdischer Men-



Bild aus einer Postkartenserie, gezeichnet von einer 15-jährigen PalästinenserInnen. Untertext dieses Bildes: »Warum verhaftet ihr Kinder?« — »Sie riefen Palästina.«

schen betreibt, indem er vortäuscht, Israel wäre ein jüdischer Staat, um seine expansionistischen, aggressiven, erpresserischen Ziele in der arabischen Region zu erreichen. Israel ist aber ein zionistisches Gebilde, kein jüdischer Staat.

Diese Öffentlichkeitsarbeit muß geleistet werden, und das ist eine wichtige Solidaritätsaufgabe deshalb, weil die Medien bis heute nicht nur die Verbrechen Israels verschweigen, sondern auch beschönigen, entschuldigen, sehr oft auch rechtfertigen. Und natürlich machen sie keinem Leser, keiner Leserin klar, welche Funktion Israel für den Imperialismus, für die westliche Großmächte hat. Das ist der eine Bereich. Der andere Bereich betrifft die politische, materielle und moralische Unterstützung gegenüber dem palästinensischen Volk. Seit 2 Jahren sind die Palästinenser im Arbeitsausstand. Sie bekommen keine Unterstützungsmittel von Gewerkschaften, weil die palästinensischen Gewerkschaften im besetzten Palästina verboten sind und weil die israelische Gewerkschaft Histradut, nicht nur die Rechte der Palästinenser nicht anerkennt, sondern auch versucht, sich als Streikbrecher zu betreiben. Sie versucht die Palästinenser gewaltsam zur Arbeit zu zwingen, oder sie füllen diese Arbeitsplätze mit angeworbenen Arbeitern, zB aus Irland, auf. Trotzdem gelingt es dem israelischen Staat und der sogenannten Gewerkschaft Histradut nicht, die Produktionsausfälle, die sich durch den Generalstreik der palästinensischen Arbeiter und Arbeiterinnen ergeben, auszufüllen. Zweitens müssen wir hier in Europa zumindestens die wenigen Mittel, die wir in der Hand haben, gegen Israel einsetzen. Der Boykott israelischer Waren ist notwendig. Der Kauf israelischer Waren heißt Fi-

nanzierung israelischer Kriege gegen Araber, heißt Finanzierung der Unterdrückung des Aufstandes des palästinensischen Volkes. Drittens müssen die Aufenthalte in Kibuzims in Israel boykottiert werden. Mitarbeit in einem Kibuzim heißt: Bereitstellung der Produktion in Israel. Und damit werden die israelischen jungen Menschen für den Krieg gegen die Araber und Palästinenser freigesetzt. Und deshalb ist die Arbeit und der Aufenthalt von

jungen europäischen Leuten in den Kibuzims Komplizenschaft. Viertens müssen hier Solidaritätskomitees eingesetzt werden, mit konkreten Aufgaben wie Partnerschaft mit palästinensischen Städten, Partnerschaft mit Flüchtlingslagern. Partnerschaftsgruppen können sich auch um die Belange in den Flüchtlingslagern kümmern, daß dort der Schulbetrieb wieder aufgenommen werden kann, der Gesundheitsbetrieb gewährleistet wird, soziale Versorgung gesichert ist. Fünftens: Israel hat palästinensische Schulen und Hochschulen geschlossen, der Unterricht findet im Untergrund statt, und deshalb müssen wir unsere Stimme erheben und uns einsetzen, daß der Lehrbetrieb in Schulen und Hochschulen ungestört fortgesetzt werden kann. Daß Unterricht, ebenso wie gesundheitliche und soziale Versorgung Grundrechte sind, die durch Konventionen und UNO-Resolutionen verbrieft sind. Die Aufgaben sind, wie man sieht, unzählig und ebenso dringend. Sie liegen in Hülle und Fülle da. Meistens liegt es nicht an den Aufgaben, sondern an den Menschen, die solidaritätsbereit sind, und die Aufgabe wahrnehmen und lösen.

Danke für das Interview.

Bitte schön. ●

#### Literaturhinweise:

- Havara-Abkommen: in Al Karamah Nr 3
- Mythos Kibbutz: Al Karamah Nr 9 (das Al Karamah ist über den Infoladen Wien erhältlich, Adresse und Öffnungszeiten siehe Seite 24)
- »Antisemitismus und Imperialismus« Theorie&Praxis-Verlag
- »Zionismus und Faschismus und Kollektivschuld« von Autonome Nahostgruppe Hamburg / Gruppe Arbeiterpolitik (April 1989); ebenfalls im Infoladen Wien erhältlich.

## Grundlegend falsche Standpunkte im Interview mit Karam Khella (Teil I)

Ich beschränke mich, auch aus Platzgründen, auf drei Thesen in dem Interview, die energischen Widerspruch und Protest herausfordern.

(X.M., SympathisantIn der MLPÖ)

### 1.) Keine imperialistische Herrschaft über die "Arabische Welt" ohne Israel?

Karam Khella (K.K.) behauptet, daß "durch Israel" die Interessen der imperialistischen Mächte in der arabischen Welt aufrecht erhalten würden. Hier stellt sich natürlich die Frage: Was ist eigentlich mit Jordanien, Saudi-Arabien, Syrien, Irak usw.? Werden durch sie etwa nicht die imperialistischen Interessen in dieser Region aufrechterhalten? Spielen diese etwa eine fortschrittliche, antiimperialistische Rolle?

In der Tat sind die arabischen Staaten allesamt vom Imperialismus abhängige reaktionäre, halbfeudalistische Staaten, die den Interessen "ihrer" und anderer Völker feindlich gegenüberstehen (und die "Arabische Liga" ist sozusagen die EG dieser abhängigen Regimes!) - unabhängig von speziellen Zügen gibt es da keinerlei prinzipiellen Unterschied zum Staat Israel. Das faschistische Regime Husseins in Jordanien hat 1970 z.B. tausende PalästinenserInnen massakriert. Syrien und Irak schlachten die KurdInnen ab, Syrien hat Teile des Libanon okkupiert und - so wie Israel - Massaker mit hunderten und tausenden Toten in den PalästinenserInnen-Lagern veranstaltet. usw. usf.

Die Großmächte verlassen sich bei der Durchsetzung ihrer hegemonialen Ziele eben keineswegs bloß auf Israel, sondern fahren zwei- und mehrgleisig. Das zeigen etwa die großangelegten "Leopard"-Panzerlieferungen an Saudi-Arabien, welche die Bonner Revanchisten ungeachtet aller Proteste ihrer Lakaien und Statthalter in Israel durchführten. Oder was ist mit der westdeutschen Giftgasfabrik in Libyen (eine Liste der beteiligten westdeutschen Firmen liegt vor und kann über das TATblatt von mir zur Verfügung gestellt werden), dessen kompradorenhafte Machthaber auch bei den VÖEST-Waffenlieferungen an Iran und Irak kräftig mitwirkten?

### 2.) Ist der Antisemitismus "ein ausschließlich europäisches Phänomen" und "in der Arabischen Welt oder in Asien und in Afrika völlig unbekannt"??

Bei dieser Behauptung K.K.s muß mensch sich schon fragen: Kann er nicht sehen oder will er nicht? Der Antisemitismus (Judenhaß) ist in den arabischen Ländern keineswegs einfach von außen her eingeschleppt worden, sondern hat auch dort eine tiefe sozialökonomische Basis, weil dort halbfeudalistische, abhängige Regimes und Strukturen herrschen. Deshalb ist es *kein* Wunder, daß der Großmufti von Palästina Amin Al-Husseini aktiv mit dem Hitlerfaschismus kollaborierte (und sich dabei natürlich betont "an-

tizionistisch" gab!!). Deshalb ist es auch kein Zufall, daß faschistische Kriegsverbrecher und Massenmörder wie Brunner heute als "Berater" in Syrien wirken. Oder ist es etwa kein Antisemitismus, wenn Ghaddafi 1986 die Wahl Waldheims in einem "Brief an das österreichische Volk" als "Akt gegen den internationalen Zionismus" begrüßt hat und "als Ehre für das österreichische Volk, weil damit der Anfang der Niederlage des Zionismus nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Welt gemacht wurde"?? Auf solchen Antizionismus können wir gerne verzichten (die verbal-radikale Demagogie hinderte Ghaddafi zum Beispiel nicht, in der ersten Phase des Golfkriegs Waffen an den Iran zu liefern, der wiederum hinterücks Militärgeschäfte mit den reaktionären Machthabern in Israel abwickelte!).

### 3.) das Judentum, nur "ausdruck für eine religion"??

K.K. erklärt die Judenfrage zur bloßen Frage des religiösen Glaubens. Dazu gehört schon eine sehr große Portion Ignoranz. Es stimmt nämlich keineswegs, daß die Juden immer und überall "volksmäßig" den jeweiligen Nationalitäten angehören. Es trifft zumindest nicht auf Teile des Ostjudentums zu. Denn dort, v.a. im zaristischen Rußland, hat die Judenfrage historisch auch Merkmale einer nationalen Frage angenommen. Es gab mehr oder weniger kompakte jüdische Siedlungsgebiete, es gab eine gemeinsame Sprache (Jiddisch). Die Bolschewiki hatten damals erkannt, daß diese Frage nur richtig angegangen werden konnte, wenn die Grundsätze des proletarischen Nationalitätenprogramms darauf angewendet werden. So brachte die bolschewistische Duma-Fraktion (die Duma war ein Parlament von des Zaren Gnaden) 1913 zur Entlarvungs- und Propagandazwecken einen Gesetzesentwurf ein "über die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der Rechte der Juden und überhaupt aller Beschränkungen, die mit der Abstammung oder mit der Zugehörigkeit zu irgendeiner Nationalität verbunden sind" (siehe Werke, Bd. 20, S. 234/235 und S. 280-282). Nach der Oktoberrevolution wurde beim Volkskommissariat für die Fragen der Nationalitäten ein "vorläufiges Kommissariat für jüdische nationale Fragen" gebildet. In der KPdSU(B) bzw. erst der KPR(B) gab es auch eine jüdische Sektion. - Es ist natürlich undenkbar, daß es in einer Partei, die sich auf eine wissenschaftliche Weltanschauung gründet, eine katholische oder buddhistische Sektion geben könnte und folglich ist eindeutig, daß sich diese Sektion nur unter dem Blickwinkel der nationalen Emanzipation motivierte.

### 4.) die systematische Vernichtung von Millionen Juden - bloße "Erscheinungsform der Bevölkerungsfrage"??

In dem Kasten, welcher dem Interview mit K.K. offenbar beigelegt ist, um den Vorwurf des Antisemitismus abzufangen, tun sich in Wahrheit wahre Abgründe auf. Die Tendenz im Interview, den Umfang und die Tiefe des Problems des Antisemitismus zu minimieren, setzt sich hier in geradezu erschreckender Weise fort. Da ist die Rede von irgendeinem "jüdischen Partikularismus", ohne mit einem Wort zu erwähnen, daß die jahrhundertelange Politik der Judenverfolgungen und Diskriminierungen die Juden *mit Gewalt* ins Ghetto gesperrt und ihnen den Zugang zu den meisten Berufen verwehrt hat. Mit keinem Wort wird erwähnt, daß Judenpogrome veranstaltet wurden, um die Volksmassen zu verhetzen, um die Juden zu "Sündenböcken" zu stempeln, um einen "Blitzableiter" für Unzufriedenheit zu haben. Keinerlei Andeutung gibt es auch nur zur Klärung der Frage, welche historischen und sonstigen Voraussetzungen dazu führten, daß der Antisemitismus gerade in Deutschland, gerade durch den deutschen Imperialismus seine furchtbarste Wirkung entfalten konnte. Dies wird übergangen mit völlig abstrusen, pseudowissenschaftlichen Phantastereien über vom Imperialismus produzierte "Menschenüberschüsse", wo ich fast den Eindruck habe, daß die reaktionären, faschistischen, auf Malthus zurückgehenden Überbevölkerungs"theorien" für bare Münze ausgegeben werden.

Schließlich wird mit keinem Wort erwähnt, daß Judenvernichtung in diesem Jahrhundert die bisher beispiellose, geradezu industriemäßige, mit "deutscher Gründlichkeit" (und starker österreichischer Beteiligung!) organisierte Ausrottung von über 6 Millionen JüdInnen bedeutete. Offenbar soll dadurch die nach diesem Ereignis ungläubliche Behauptung plausibler erscheinen, "ohne Mühe" könnte mensch "ein paar Dutzend 'Judenfragen' aufzählen".

Fazit: Mir ist schleierhaft, wodurch der in der Vorbemerkung erwähnte Antisemitismusvorwurf beim TATblatt-Kollektiv ausgeräumt wurde, der als Grund für die Zeitverzögerung des Abdrucks angegeben wird.●

Tja, beim Lesen und Tippen deines Artikels habe ich mir das eigentlich auch gedacht. Jedenfalls wollen wir in der nächsten Nummer dazu eine Stellungnahme abgeben. Für diese Nummer ging es sich aus Zeitgründen nicht mehr aus. Mit sehr viel Bauchweh drucken wir den zweiten Teil des Interviews in dieser Nummer ab, weils so ausgemacht war, und so. Obwohl ich gar nicht weiß, ob das jetzt richtig ist. (der Tipper)

Eduard Z. Novak® Gesellschaft o.b.H.&amp;Co, Na geh!

# Hoppala

## Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des

# MATHIAS N.

### Was bisher geschah:

Der Imperialismus ist in die Knie gezwungen, die Krise des Kapitalismus ist allgegenwärtig, und die gesamte Menschheit wartet eigentlich nur mehr darauf, im Morgentatblatt die verheißungsvolle Nachricht von der Weltrevolution zu vernehmen. Immer noch aber leisten uniformierte Einheiten der Reaktion erbitterten Widerstand. Doch chancenlos: Mathias N. und seine GenossInnen haben bei all ihren Aktionen keinerlei Spuren hinterlassen.

Sicherlich: Vielleicht haben die einen oder anderen den Sinn für realitätsnahe Einschätzungen des politisch-gesellschaftlichen Klimas verloren, weiter geht's aber trotzdem. Und so folgt Folge auf Folge. Seien Sie also auch heute mit dabei, bei

### Folge 11: Das darf doch nicht wahr sein!

»Gfrasta!« Ein klein wenig betropetzt, ein größeres mehr wütend sitzt Rev.Insp. G. Stadler an der Schreibmaschine. Es ist früher Morgen, im Kommissariat. Die Kaffeemaschine hat vor etwa zehn Minuten ihren Dienst quittiert und zum Abschied noch ein letztes Mal dem ganzen Hort der Sicherheit jenes Wiener Gemeindebezirks, in welchem in Folge 10 die Vorderreifen eines Funkstreifenwagens geplättet worden sind, die finstere Wirklichkeit vor Augen geführt. Zum Glück versteht es sich der Kriminalbeamte Richard Kindler, von seinen Kollegen zumeist Rick, oder der Rick genannt, aufs fachmännische Flickeln von Sicherungen, denn, wenn sonst auch für jede Form von Patronen Geld da ist, Sicherungspatronen sind im Budget nicht vorgesehen.

»Gfrasta!«, mehr fällt Rev.Insp. G. Stadler nicht ein, zu dem demütigenden Vorfall von gerade eben, bei dem er und sein Kollege Rev.Insp.A.Dworzak, kurz die gesamte Besatzung des Funkwagens Fritz 7, Opfer eines feigen Nagelbrettanschlags geworden sind. Doch gerade »Gfrasta« kann Stadler nicht schreiben. Nicht genug damit, daß kein Kaffee da ist, der verbrauchte Energien in seine übermüdeten Denkwindungen rückbeordern könnte, nicht genug damit, daß in keinem Wörterbuch steht, ob es nun *Gfraster*, oder vielleicht hochdeutsch *Gefraster* heißen muß, zu allem Überfluß funktioniert auf dieser uralten Schreibmaschine seit dem Freitag vergangener Woche auch justament das große g<sup>(1)</sup> nicht mehr. Also ist tunlich die Verwendung dieses Buchstabens zu vermeiden. Zumindestens am Anfang eines Berichtes, im Text drinnen fällt es ohnehin nicht mehr auf, wenn gelegentlich ein Buchstabe fehlt oder — wie es bisweilen in linksradikalen Flugschriften des öfteren Anwendung findet — auf Groß/Kleinschreibung verzichtet wird.

»Führen nach Beanzeigung eines Verkehrsunfalles in Scherbengasse gefahren. Beim Durchfahren o.g. —asse Strasse kam es trotz Bedachtname auf auffällige Besonderheiten zu Kontaktaufnahme rechten Vorderreifens mit Nagelbrett (etwa 1 Meter breit lang, 15 Zentimeter hoch breit, Nägel schauten etwa 8 Zentimeter aus Brett empor, Dicke etwa 4 Millimeter. Ein Luftaustritt aus Vorderreifen war unabwendbar. Nachher haben wir sofort...«

Der Rick, der nach der erfolgreichen Behebung des Elektrizitätsversorgungsfehlers zur Stärkung in ein nahegelegenes Wirtshaus gegangen war, marschiert beim Zurückkommen aufs Kommissariat geradewegs an Stadler vorbei, wie dieser gerade versucht, seinen Namen unter das Protokoll zu setzen, und dabei gehörig ins Schwitzen gerät. »Was is Gusti!?« lallt Kindler seinen jungen uniformierten Kollegen an. »De Gfrasta, de Saubeidln, wenn i.de dawisch! A so a Neilonsackerl setz i denan auf, a so a Neilonsackerl!« markiert Stadler den starken Beamten und deutet mit seinen Armen einen riesengroßen Nylonsack an, so als ob ein Verhör umso schmerzlicher wäre, je größer die verwendeten Nylonsackerln wären, die den Verdächtigen über den Kopf zu stülpen bis vor kurzem noch als Geheimtip unter erfolgreichen Kommissariaten gehandelt wurde, ehe ein bürgerliches Nachrichtenmagazin es an die Öffentlichkeit brachte. »Unlauterer Wettbe-



werb« urteilte Kindler damals, und boykottiert seitdem jene Zeitung, obgleich er sie früher schon ganz gern mal gelesen hat, ab und zu.

»Ja, der Ruf der Polizei ist derzeit arg in den Dreck gezogen!« gibt sich Kindler väterlich verständnisvoll, »de Linken ham erreicht, was wolln haben, wenn ma jetzt ned endlich, aber urdentlich, verstehst mi?« — »Jawoll! I man', ma traut si ja nedamoi mehr mit der Uniform auf'd Straßn gehn! Wia an de Leid anschau, i sag das!« — »Daweil als Uniformierter hast as eh no halbwegs, verstehst mi?, aber wennst mit an Mantel und an Huat auf'd Straßn gehst, gengan die glei von alle Seiten die Saugfraster an, und verlangen earnan Akt, oder so, verstehst mi!«

Fußnote:

(1) G

»Saugfrasta!«, so hätte das große G bei Gfrasta umgangen werden können, fährt es Stadler durch sein Hirn. Jetzt aber ist es leider zu spät: Bei dem Problem, Rev.Insp.G.Stadler zu schreiben, hilft ihm diese Idee vorderhand auch nicht weiter.

\*\*\*

Etwas später, anderswo: Mathias leert sich schlaftrunken die letzten Tropfen Milch in den frischgekochten Kaffee und beobachtet mißmutig die Flankerlbildung im Häferl. Ein vorsichtiges Kosten bestärkt seine bitteren Verdacht: Die Milch ist sauer, und in dessen Folge nun auch der Kaffee und letztendlich Mathias. Der Tag fängt ja wieder mal gut an. Zum Glück ist Mathias in letzter Zeit immer ziemlich gut aufgelegt, obwohl er nicht im Geringsten weiß, wieso eigentlich. Rein rational spricht viel mehr *gegen* als *für* eine solche Stimmungslage. Sich darüber nun den Kopf zu zerbrechen traut sich Mathias aber sicherlich nicht. Vielmehr geht er zum Fenster und öffnet es. Strahlender Sonnenschein schlägt ihm sogleich entgegen, zusammen mit einem gehörigen Maß Frühlingsluft, das in Böhen mit Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 60 Stundenkilometer in sein Zimmer eindringt und den Frühling bis ins hinterste Winklerl trägt. Ebenfalls vom Frühlingswind erfaßt, wird ein Stoß Flugblätter, die Konrad gestern kopiert hatte, und die nun im halben Zimmer verstreut liegen. Mathias schließt das Fenster rasch wieder und stellt die gestörte Ordnung im Zimmer wieder her. Er erfreut sich abwechselnd des schönen, wenn auch windigen Wetters draußen und der schönen, wenn auch nun im ganzen Zimmer verstreuten Flugblätter herinnen. Er ärgert sich noch rasch mal über den Windstoß, die Unordnung und die saure Milch und macht sich dann auf den Weg zur Kreibleerin, um frische Milch einzukaufen. Obgleich er gar nicht mehr so überaus viel Zeit hat, macht er dabei einen kleinen Umweg durch den Beserlpark beim Kanal. Um 12 Uhr aber dann ist Treffpunkt bei der Isabella.

\*\*\*

17 Uhr, Wien, Innere Stadt, Franz Josefs Kai, unweit des Schwarzenbergplatzes. A. Stadler (nicht Rev.Insp., das heißt eigentlich schon, aber jetzt hat er dienstfrei) sitzt in seinem rotglänzenden Sportwagen (aus zweiter Hand, was ihm aber kaum ansehbar ist, wie Stadler aufrichtigst hofft), und kaut bei aufgeklapptem Verdeck nervös an einem Kaugummi. Vor vier Stunden schmeckte er noch nach Peperminz, mittlerweile nur mehr nach Gummi und Tabak. Stadler ist nämlich auch starker Raucher, wie der Kaugummi zu berichten wüßte, wenn er könnte. Im Moment hat Stadler aber keine Zigaretten mehr bei sich. Die letzte ist verraucht, und neue besorgen wollte er erst, wenn die Inge endlich da ist, mit welcher er sich hierorts treffen wollte. Bloß: sie hätte schon vor zwölf Minuten da sein solln, was ist da bloß los? Wenn da wenigstens ein Automat wo wäre.

Zumindestens eine Telefonzelle steht

da. Also geht Stadler wutentbrannt telefonieren. Obwohl: »Wauwn de jetza no daham is, dann kanns was daleben«, denkt sich Stadler und weiß eigentlich gar nicht so genau, zu welchem Zweck er jetzt also eigentlich telefonieren möchte. Aber zumindestens vergeht die Zeit dabei, und auf die Idee, darüber nachzudenken, käme er ohnehin nicht.

Ein Tag voller Demütigungen, und jetzt ist diese verdammte Telefonzelle auch noch eine von diesen silbrigen, mit Schwenktüren, die sich nicht einmal genüßlich zuschlagen lassen (was aber auch bei den alten schwarzen Telefonzellen infolge eines unmenschlich dämpfenden Tür-Selbstschließ-Mechanismus nicht so richtig gegangen ist).

Stadler stoßt eine Schillingmünze in den Automaten und beginnt die Telefonnummer in die Tasten zu hämmern, ehe er damit einhält, und sich voll und ganz jenem Blicke widmet, den er eben unbedacht auf einen in der Telefonzelle herumliegenden Stapel Zettel geworfen hat.

»Liebe Wienerinnen und Wiener!«, steht da, und am Schriftkopf erkennt Stadler auch gleich, daß es sich um ein Informationsblatt der Bundespolizeidirektion Wien handelt. »Was soll denn des sei?« fragt er sich sogleich mit dienstgewohnter Präzession.

Doch da hört er plötzlich gellende Rufe von der Straße, die seinen geschulten Blick sogleich quer durch die Scheibe nach aussen führen. »Schleichs eich! Laßts mi in Ruah! Verschwind! Im Namen des Gesetzes. Ned!«. Es ist ein Mann in grüner Sicherheitswache-Uniform, der da so schreit. Er läuft schnaufend an der Telefonzelle vorbei, verfolgt von einer dreiköpfigen Gruppe Unvermummter, die allesamt eines von diesen Flugblättern in der Hand halten, wie es Stadler eben in der Telefonzelle vorgefunden hat. Jetzt erst recht neugierig geworden widmet sich Stadler wieder diesem Informationsblatt.

#### LIEBE WIENERINNEN UND WIENER!

Nehmen Sie sich bitte in Acht! Eine Bande von Verbrechern, die bewaffnet und bisweilen brutal prügelnd durch die Straßen zieht, verunsichert derzeit die Bundeshauptstadt Wien. Die Verbrecher sind mit gestohlenen Uniformen der Wiener Sicherheitswache verkleidet. Bitte sehen Sie sich vor! Wir sind auf ihre Mitarbeit angewiesen!

Wenn Sie Männer in Uniformen der Sicherheitswache auf der Straße angesichtig werden, versuchen Sie herauszufinden, ob es sich um tatsächliche Beamte der Wiener Polizei handelt, oder um die gesuchten Verbrecher. Dies kann am Besten durch Erkundung der Dienstnummer geschehen. Fragen Sie allfällig Uniformierte nach ihrer Dienstnummer, und beobachten Sie sorgsam deren Reaktion. **Unsere** Beamten werden sich sogleich freundlich ausweisen und Ihnen zur Erinnerung eine Visitenkarte mit ihrer Dienstnummer überreichen. Die verkleideten Verbrecher hingegen werden versuchen, Sie hinzuhalten, abzuweisen, oder Sie durch Vorbringung von Drohungen von Ihrem Vorhaben abzuhalten suchen.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen

werden unsere Beamten fortan ihre Dienstnummer deutlich lesbar an der Brusttasche und am Rücken aufgenäht und in die Schuhsohlen eingraviert (Wir erhalten immer wieder Beschwerden von Leuten, die von unseren Mitarbeitern mit den Schuhen beamtshandelt werden. Auch diesen Personen sollen in Zukunft die vollen staatsbürgerlichen Rechte — so sie auch wirklich Staatsbürger sind — ungeteilt zuteil werden) tragen.

Achten Sie bitte auch darauf, ob die Ihnen vorgezeigte Dienstnummer glaubwürdig erscheint. Dienstnummern wie »4711« oder »08-15« sind mit Sicherheit gefälscht. In einem solchen Falle handelt es sich bei ihrem uniformierten Gegenüber zweifelsfrei um ein kriminelles Element!

Werden Sie also eines Mitgliedes der obgenannten Verbrecherbande in Sicherheitswacheuniformen angesichtig, versuchen Sie bitte dringlichst, den Verbrecher zu stellen. Versuchen Sie ihn festzuhalten und seiner irreführenden Uniform zu entledigen. Verhindern Sie unter allen Umständen die Kontaktaufnahme mit anderen Bandenmitgliedern mittels mitgeführter Sprechfunkgeräte.

Auf diesem Wege beschlagnahmte Uniformen sind von Ihnen in persönliches Gewahrsam zu nehmen und verbleiben bis auf weiteres in Ihrem Eigentum. Wir empfehlen aber, aufgrund des Herumtreibens obgenannter Verbrecherbande, die Uniform in der Folge während der kommenden Wochen nicht öffentlich zu tragen, sondern nur innerhalb ihrer Wohnung als praktisches und dennoch schickes Kleidungsstück zu benutzen.

Bisweilen besteht allerdings die Gefahr, daß Angehörige der Verbrecherbande die Abnahme der Kleidungsstücke als Vorwand dazu nützen werden, Sie zu Hause aufzusuchen, und ihre Wohnung nach den beschlagnahmten Uniformen zu durchsuchen. Solchen Versuchen ist auf alle Fälle abzuwehren! Schützen Sie sich am Besten präventiv, in dem Sie bei der Stellung eines Mitgliedes der uniformierten Verbrecherbande ihr Gesicht durch geeignete Hilfsmittel (Schal, Sturmmitze, etc) vor ungebührlicher Einsichtnahme verhüllen.

Wie jüngsten Anzeigen zu entnehmen ist, geben sich vereinzelt Mitglieder der Bande auch als Staatspolizisten aus. Bedenken Sie bitte, daß wir in einem demokratischen Rechtsstaat leben, und machen Sie die angeblichen Staatspolizisten vor Ort dingfest.

mit freundlichen Grüßen

Ihre Bundespolizeidirektion Wien

Sachdienliche Hinweise erbitten wir rund um die Uhr unter der Rufnummer 133. In ganz Österreich zum Ortstarif. Dort erhalten Sie auf Wunsch auch genauere Hinweise. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen!

»Ob des wohl wahr ist?« fragt sich Stadler verlegen. Er nimmt ein Flugblatt, faltet es zusammen und steckt es ein. Plötzlich hört er es an der Tür der Telefonzelle klopfen. »Aufmachen Polizei! Ich muß telefonieren!« — »Des wollt i ah! Warum glaubens, daß i da bin?« — »Aber es is dringend, wirklich!« Der Mann vor der Telefonzelle wirkt ganz verschreckt, und irgendwie lächerlich in seiner Unterwäsche. Obwohl der modische Tanga eigentlich der letzte Schrei ist, und sein Körper einen durchaus durchtrainierten und sportlichen, ja gewissermaßen attraktiven Ein-

druck macht. »Bitte!« Stadler weiß nicht, was er denken soll. Also läßt er es bleiben.

\*\*\*

20.45. Mathias und vier seiner FreundInnen, mit denen er bisweilen konspirative prärevolutionäre Aktionen macht (denken wir nur zurück an die Beanspruchung des Schweinekonzerns am Beginn dieser Krimireihe, oder an die Straßensperren vor dem Opernball, und nicht zuletzt an die Flummigeschoße,...) sitzen im Schanigarten eines Beisl's bisdünstene Speisen und kühlen Getränken. »San schon auffallend wenig Uniformierte zu sehen, oder?«, flüstert Konrad den anderen zu. — »Geh bitte, des glaubst do ned wirkli, oder?« — »I waß ned...«

Für Konrad ist die Aktion jedenfalls vortrefflich gelungen. Er hat zwar noch keine Auswirkungen der Flugblattaktion mit eigenen Augen sehen können, aber er kann es sich so wunderbar vorstellen. Und das reicht ihm vorerst einmal. »Er is ja noch jung«, sagt Mathias abschätzig zu Isabella, meint es aber ohnehin nicht so, denn eigentlich hat er Konrad in den letzten Tagen schon ziemlich lieb gewonnen. Konrad hat irgendwie noch nicht den meterhohen Frust d'rauf, den die anderen bisweilen immer mit sich rumschleppen. Er hat wenigstens noch Ideen, wenngleich sie auch mitunter aus einem Buch *gestohlen* sind<sup>(2)</sup>. Und obendrein hat er auch sehr besonnen und überlegt gearbeitet. Denn er hat ziemlich schnell begriffen, daß bei dieser Aktion, genauso wie bei einem Brandanschlag oder sonst irgendetwas, was auf den ersten Blick vielleicht viel ernster ausschaut, keinerlei Rückschlüsse auf die TäterInnen möglich sein dürfen. Denn Amtsanmaßung, Dokumentenfälschung, Verunglimpfung von Behörden, Aufruf zu illegalen Handlungen und was sonst noch alles auf so einem Blatt Papier stecken kann, reicht auch schon zu einer jahrelangen Haftstrafe aus. Mal ganz davon abgesehen, daß die Polizei, wenn sie die Aktion aufdeckt, die ganze Gruppe als terroristische Vereinigung, oder wie immer sie das bezeichnen wollen, entlarven und alle möglichen Versuche anstellen würde, ihnen auch andere ungeklärte Sachen aus der jüngeren Vergangenheit anzuhängen. Darunter wären dann sicherlich auch ein paar Dinge, die die FreundInnen wirklich gemacht haben, und wo es ihnen mitunter ziemlich schwer fallen würde, ihre Unschuld zu beweisen. Obendrein kommen sie bei der Gelegenheit vielleicht auch noch auf den einen oder anderen unterlaufenen Fehler drauf, aus den ihnen dann ein überraschender Strick gedreht wird, und das ist

dann schon einigermaßen ärgerlich.

Also hat Konrad, obwohl er bei den ersten drei Folgen dieser Serie noch gar nicht dabei gewesen ist, die Flugblätter unter lupenrein spurenfreien Bedingungen produziert (Er verwendete Original-Schriftköpfe von Polizei-Flugblättern, die er extra schon zwei Wochen vorher im Vorraum eines Wachzimmers besorgt hatte, und zwar *drei* auf einmal. Dadurch landeten Fingerabdrücke nur auf dem obersten und untersten Flugblatt, nicht aber auf dem mittleren, mit welchem später, mit Handschuhen, weitergearbeitet worden ist. Die Texte wurden auf einer Typenradschreibmaschine getippt, mit einem Typenrad, das extra für diese Aktion gekauft und nachher weggeworfen worden ist. Die größeren Buchstaben wurden mittels Aufreibbuchstaben gerubbelt. Die fertigen Vorlagen wurden schließlich in einem großen Selbstbedienungs-Kopierladen unauffällig vervielfältigt. Anstatt dort — nicht gerade unauffällig — Handschuhe zu tragen, hat Konrad die Hinterlassung von Fingerabdrücken wieder solcherart vermieden, daß er niemals die Kopiervorlage und auch niemals eine Kopie *direkt* angegriffen hat, sondern immer nur ein darüber- und darunterliegendes Blatt. Ein paar unauffällige Blätter wurden auch regelmäßig über verdächtige Zettel gelegt, wenn irgendwelche Leute sich dem kopierenden Konrad genähert haben, sodaß keineR jemals etwas verdächtiges zu Gesicht bekommen konnte.

Die Möglichkeit eines allfälligen, alles zu Nichte machenden Papierstaus im Kopierer, der die Heranziehung einer Serviceperson notwendig gemacht hätte, die dann des kopierten Zettel angesichtig geworden wäre, hat Konrad dadurch weitgehend minimiert, indem er auf der Kopiervorlage keine großen schwarzen Flächen gemacht hat, die eine verhängnisvolle Temperaturerhöhung im Kopierapparat verursachen hätten können. Außerdem kopierte er nie zu große Auflagen auf einmal. Er drückte lieber öfter mal auf die »Copy«-Taste, als daß er gleich »Anzahl hundert« eingegeben hätte. Natürlich hatte er alle verwendeten Hilfsmittel gleich nach ihrer Verwendung sofort vernichtet, und auch haben jetzt, nach der Unters-Volk-Bringung, weder er noch sonst irgendeineR von ihnen, irgendwelche Kopien von den Flugblättern mehr zu Hause liegen. Und überhaupt haben sie einfach alle Sicherheitsmaßnahmen genau eingehalten, die schon in Folge zwei und drei dieser Krimiserie genau erörtert wurden.). Und so schwer es ihnen auch fällt, besonders wie gerade wieder ein junger Mann mit Oberlippenbart in Batman-Unterwäsche weinend die Straße runterläuft, quatschen sie weder in diesem Beisl noch sonstwo öffentlich von der Aktion, am allerwenigsten freilich am Telefon.

\*\*\*

Es ist schon wieder ein ganz ein neuer, aber ebenso schöner, wenn auch windstillerer Frühlingstag, wie Mathias gegen halb

drei Uhr in der Früh mit seinem Fahrrad dem Haustor jenes Hauses zusteuert, in welchem er wohnt. Doch das Tor schaut heute etwas verändert aus: Ein überaus amtlich wirkendes Plakat hängt darauf. Mathias steigt vom Fahrrad ab und liest, während er in seiner Jackentasche (für treue LeserInnen der Hinweis: der Zipfverschluss ist immer noch kaputt, aber bei diesen Temperaturen stört ihn das nicht mehr) nach seinem Schlüsselbund kramt.

#### KUNDMACHUNG

Auf Grund des großen Erfolges und der durchwegs ungeteilten Zustimmung haben wir uns entschlossen, die Schwerpunktktion »Nix Valuta — Nix Austria« auszuweiten.

In der Phase 2, die mit heutigem Tage 0.00 Uhr in Kraft tritt, sollen jene Personen, die schon vor den Anpassungen der Einreisebestimmungen in unser Österreich eingedrungen sind, und Personen, die ungeachtet ihrer österreichischen Staatsbürgerschaft, die, zur Ausübung der Staatsbürgerschaft erforderlichen Mindestvoraussetzungen nach dem Staatswürdegesetz von heute morgen, nicht erfüllen, erfaßt werden. Zu jenem Zwecke werden Sie in den nächsten Tagen von mobilen Aufenthaltsbeurteilungskommissionen besucht werden. Sie werden daher gebeten nebst einem Barbetrag von öS 5.000,— (Stand bei Drucklegung dieses Kundmachung; vorbehaltlich allfälliger Änderungen nach oben) folgende Dokumente bereitzuhalten:

- Staatsbürgerschaftsnachweise
- Geburtsurkunden
- Taufscheine
- Heiratsurkunden
- Impfpäß
- KFZ-Papiere oder zur Benützung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigende Papiere
- Lohnsteuernachweis
- Funk- und Fernseh-Bewilligung
- sowie allfällige weitere zur Behandlung ihrer Person notwendig erscheinende Dokumente

Die Kommissionen sind berechtigt, vor Ort und unbürokratisch über ihre weitere Aufenthaltsgenehmigung zu entscheiden.

Eine allfällig ausgesprochene Ausweisung erzwingt die umgehende Abreise, die sofort und ohne unnötige Verzögerungen, längstens aber innerhalb von zehn Minuten, zu erfolgen hat. Zur Bewältigung des zu erwartenden erhöhten Reiseaufkommens werden Sonderzüge ab Wien-Zentralverschiebebahnhof eingerichtet. Der Fahrpreis wird nach den Bestimmungen des internationalen Stückguttarifs errechnet und ist im Zug zu entrichten. Allfällige tarifmäßige Fahrpreisermäßigungen können in diesen Zügen leider nicht anerkannt werden. Zur Beförderung zum Zentralverschiebebahnhof wird ein kostengünstige Busdienst ab Haustor eingerichtet. Eine Rechtsmittelbelehrung wird sofort nach Bekanntgabe ihres neuen Wohnsitzes in ihr Gastgeberland nachgereicht.

der Bundesminister für Inneres

Was ist denn das? Mathias wirft noch einen Blick die Straße entlang. Sie ist menschenleer. Oben ist der Mond zu sehen. Und die Sterne. »Eines Tages wird das alles frei sein.«, denkt sich Mathias pathetisch pochenden Herzens, glaubt es aber ohnehin auch selbst nicht so richtig, und verschwindet hinter dem Eingangstor.

Fortsetzung folgt.

#### Fußnote:

(2) Bei dem erwähnten Buch handelt es sich um das Buch »Späßguerilla« aus dem Westberlin des Jahres 1985. Dieses Standardwerk ist leider ebenso vergriffen und nicht mehr lieferbar wie empfehlenswert. Wir erwägen aber eine vereinfachte und etwas aktualisierte und österreichspezifizierte Neuauflage in mittelfristiger Zukunft E.Z.Nowak® Ges.o.b.H.&CoNaGeh.

# LeserInnenbriefe

## Ihr Ratten,

"Wir wollen keine Zeitung in der Zeitung", habt ihr gefaselt, als es drum ging, einen schon in Flugblattform gedruckten Text ins Tatblatt beizulegen. Sehr vornehm für eine Hinterfotzigkeit! In Wirklichkeit hätt's so heißen müssen: "Pluralismus ja; aber nur, solange wir wolln!"

Der Text hätte eine Diskussion einleiten sollen, aber nicht mit Herrn Tatblatt-Kollektiv, sondern mit seinen Lesern. Das wurde erfolgreich verhindert. Anstatt dessen dürfen wir hier quälend langweilige Stilfragen und Tatblatt/Szene-Interna kritisieren. Geplant war dieser Beitrag zum Bassenratsch nicht.

Wie gesagt; geplant war eine Diskussion über ein Thema, nämlich "Soziale Verteidigung". Weil das (jetzt) nicht geht, gibt's aus reiner Boshaftigkeit einen Rundumschlag in die Taschenbillardräume der Alterno-Wixer.

Bei allen Sachen fast – von der katholischen Kirche, bis zum Tatblatt – gibts ein Ideal und die dazugehörige Praxis. Die beiden (sowohl Tatblatt und Kuttenbrunzer – wie auch die "Dialektik" zwischen salbungsvollen Sprüchen und was damit angeordnet wird) soll man nicht verwechseln. Genausowenig wie Links und Rechts: Vor allem gehört einmal *getrennt* dran rum gekrittelt und am guten Leumund gekratzt. Dann erst kann man sagen, wie & warum die beiden zusammenpassen und was Sache ist. Also: Was ist die *Absicht* was ist die *Wirkung*? Warum ist Orsch orsch?

Ihr wolltet die "unterdrückten Nachrichten" retten, so hat alles einmal angefangen. Gleichzeitig ist einer Eurer vielen kleinsten gemeinsamen Nenner wohl der, daß in dieser Gesellschaft viel zu viel Scheiße passiert. Wenn man mal zu dieser Erkenntnis gelangt ist, will man die Scheiße meistens auch wegtun – allein geht das nicht – also muß man wohl oder übel die anderen auch noch zum Mitmachen kriegen. Ihr glaubt jetzt ernsthaft, daß der Grund, warum das gemeine Volk, die Proletenschaft, nicht schon längst die Revolution gemacht hat, darin liegt, daß es nix von seiner Scheiße weiß. "Fehlinformation" ist der Arbeiterklasse Feind, oder wie? – Schwachsinn! Denn auch ein richtig ("objektiv") informierter Patriot bleibt solange ein Idiot, solange er nicht über die *Gründe* und *Zwecke* seines Vaterlandes Bescheid weiß. Und vor allem: Dagegen ist! Es gebührend verrät! "Wissen" sagt noch überhaupt nix über ein *Urteil* aus. Es sind auch vergleichsweise wenige Fälle bekannt, wonach die nachgewiesene Existenz von Gaskammern Nazis zu Vaterlandsverrätern mutieren ließ.

Drastisch das Beispiel, gelle? Aber ihr habt damit zu tun: Demokraten sind sie nämlich geworden – nix mit: "Und morgen die ganze Welt!" Die gehört ihnen schon heute! Und ihr lebt in der, genauso wie wir! Auf jeden Fall läßt sich das Beispiel beliebig fortführen: Obdachlosigkeit geht in Ordnung, Abt. Selber schuld; Prügelpolizei sowieso von wegen "Verbrechen soll sich nicht lohnen." Warum Leute stehlen und wozu sie arm sind, gibt nirgendwo ne Headline ab!

Eure Illusion ist also nicht nur eine solche, sondern auch kontraproduktiv: Denn die Energie, die in eurem "Projekt" steckt, hättet ihr besser nutzen können. Wir glauben nicht, daß man sich heute den Luxus eines Nabelschau-Magazins leisten kann. Denn

das ist das Tatblatt letzten Endes. Wo kriegt man es zu kaufen? Dort, wo die Leute sind, die es eh nicht mehr nötig haben, überzeugt zu werden. Und wer geht dort hin? – dieselben.

Weiters kostet das Tatblatt was, zwar nicht sehr viel, aber doch genug für die, die es nicht *sowieso* wollen. Ihr kennt selbst den "Zeitungsmarkt", die Überflutung der potentiellen Leser mit alternativem Zeugs. – Und ihr wißt keinen anderen Weg, an die Leute ranzukommen, als da fleißig mitzukonkurrieren? Und vor allem: warum grade *da*? In den Enklaven der gesellschaftskritischen Menschen? Warum nicht vor dem Betrieb, vor der Kaserne? Dort würdet ihr nicht viel loswerden – weil dort eben die sind, die Österreich und nicht das Tatblatt leiwand finden. Bleibt die komische Vermutung, euch liegt's gar nicht so an denen. Oder seid ihr auch auf dem komischen Trip von wegen "erkennen wir uns selbst", üben wir Einkehr in die Abgründe unserer bürgerlichen Seelen? Sehr mysteriös. Vielleicht wär' wirklich mal eine kleine Schulung in Sachen Dialektik notwendig? Wahrscheinlich würde es aber reichen, die Pfoten zu lassen von diversen linken Moderscheinungen, die da sind – und nennen wir die Kinder ruhig beim Namen: Linke Beziehungskistenromantik, Demokratiegewäsch statt Herrschaftskritik, selbstverliebte Quatscherplena statt Agitation.

Ihr dreht den Leuten eine Ware an – und so führt ihr Euch ja auch auf: Oder wie sonst wär Euer "Einwand" (oder Vorwand – so genau weiß das dann immer erst "die Geschichte") zu verstehen, wir hätten "bloß Theorie zu bieten" und keine "heißen Infos". Gäb wohl zuviel rote Zahlen und Schwierigkeiten mit ner gediegenen Bilanzbuchhaltung – eh klar: Wovon ich wen erst überzeugen will, dem kann ich dafür nicht noch Kohle abknöpfen. (Mal davon abgesehen, daß das zum Speiben ist.) Bloß: Das Flugl ist gedruckt und nicht mal Euch hätten wir was berechnet; da muß es schon noch um was anderes gehen – von wegen: "Keine Zeitung in der Zeitung." Wir bitten da doch um Aufklärung!

Ihr erbringt also eine *Dienstleistung* – und eine reichlich überflüssige dazu: Schließlich schafft es doch kein Mensch all die Sauereien abzustellen, die die ganze Welt allemal ohnehin mitbekommt! Von der Arbeit bis zum Bundesheer – und darüber weit hinaus; und von den Extratouren – die die ganze bürgerliche Journaille geifernd hochjubelt wollen wir doch lieber besser schweigen und den Mantel der Liebe drüber tun. Kopfüber ins Getümmel? Nett von euch; bloß, daß ihr's (noch) ohne Geifer tut. Das ist nämlich auch noch so eine Sache, wenn man Inhalte *Euch* gegenüber vor der Veröffentlichung rechtfertigen muß: "Kommt zum Plenum, das beschließt und verwirft". Nach Lust und Laune, aber jedenfalls basisdemokratisch-mehrheitlich. Eine Auseinandersetzung über *die Sache* läßt sich so jedenfalls nicht führen! Vor allem sagt eine *Mehrheit* noch lange nix über *die Brauchbarkeit* aus: "Irrer" kann man auch zu Viert – und sogar, wenn bloß zwei da warn! Wir streiten ja *hier* nicht nur, um Recht zu behalten, sondern allemal, damit wir brauchbarere Argumente für die Anarchie kriegen. Fürs Agitieren auf der Straße können und wollen wirs uns nicht leisten, auf Einwände – die irgendwer vielleicht bringt – zu verzichten: Und dafür

wollen wir uns nicht erst Euren Sanktus holen. Wir sehen nämlich relativ wenig Sinn in einer "solidarischen Auseinandersetzung" im kleinen Kreis, wo man sich gegenseitig was Nettos sagt. Nur mit möglichst viel Leuten kommen Resultate raus, die vielleicht weiterhelfen. Die Sache ist nämlich zu dringend und duldet keinen Aufschub: Jeder Tag, den die Revolution später passiert, ist für'n Orsch – und an Wiedergeburt solln bitte die Esoteriker glauben!

Eure angeblichen Bemühungen von wegen "Zeitung, die die Leser mitgestalten", sind unsrer Erfahrung nach also nicht viel mehr als ein billiger PR-Gag, um sich der Gunst der p.t. Alternativ-Leserschaft gewiß zu sein. Anstatt nämlich die *Leser* entscheiden zu lassen, ob sie einen Text goutieren, oder ihn zum Teufel jagen, habt ihr sie gar nicht vor diese Wahl gestellt. Oder wolltet ihr es euch mit eurem allernächsten Sympathiesanten-Umfeld nicht verscherzen? Das wär der Gipfel eurer blödsinnigen "von-uns-für-uns"-Mentalität.

Nicht, daß wir von "Basisdemokratie" auch nur das geringste hielten, zeigt sich hier, wie ernst diverse "Offenheitsansprüche" (und die sind eben was ganz was anderes) zu nehmen sind. – Traurig nur, daß die Leser nicht mal wissen *worum's uns* ging mit dem Text; sie nicht die Möglichkeit bekommen haben, Stellung zu beziehen, *selbst* Kritik zu üben (die wolltet ihr wahrscheinlich mit eurer Zensur vorwegnehmen).

Von eurem guten Willen abhängig zu sein, ist jedenfalls grober Unfug. Das klingt zu sehr nach irgendwelchen altgriechischen Philosophen von wegen "Herrschaft der Besten". Weils zu mehr eh nicht reicht, wollt ihr wenigstens darüber befinden, ob Positionen anderer politischer Gruppen eurem Publikum zumutbar sind. Wir können da wirklich nicht mehr anders, als das von Euch so sehr verpönte Fallbeispiel "TAZ" mahnend aller Welt vor Augen zu führen: Das kommt raus! Ein Revi-Wixblatt, das dauernd Stellung nimmt – gerade indem es behauptet, *das* nicht zu tun, weil es ja bloß aufzählt, was andere hinterrücks-gemein verschweigen. Wer *keine* Meinung zur Scheiße hat, hat gerade deshalb eine: Meistens ein inhaltsloses "Hurra!" – in Eurem speziellem Fall ein knappes "Nix damit". Bloß langt das nicht: Weder überzeugt, noch wird damit bei euren Lesern was angezettelt. Die wollen ja bestimmt nicht alle das Selbe: Z.b. eine Replution. Warum eigentlich nicht? Bloß ne blöde Frage, die ja bei Gelegenheit ausgetragen werden könnte. Mal praktisch: Ist es da nicht hinderlich, wenn die Tatblatt-Redaktion dazu die erste Hürde ist. Würden sich nicht vielleicht mehr Leute einmischen, wenn diese blöde Gängelei aufhört? "Alles Böse dieser Welt" oder so. Mit dieser kleinen Koketterie habt ihr wohl geglaubt, besonders schlau zu sein: Dabei ist der Kritik, daß Aufzählerei ohne Ende durchaus auch als Wixvorlage am linken Frühstückstisch dienen kann, damit eigentlich rein gar nix entgegengesetzt. Mehr *Zusammenhänge*, bittesehr! Daß der Kaffee in vielen WGs schal schmeckt, wollen wir gern glauben – bloß: Was wird denn draus? Wenn man dazu greint: "Die Welt ist schlecht, die Welt ist schlecht!" Das ist sie nachher immer noch! Revolution ist kein Deckchenstricken! Sondern genug Leute dazu bringen. Und

# LeserInnenbriefe

dafür muß gestritten werden: Über Sinn und allen Unfug. So fängt es an!

Revolutionsbräuhof, im Jänner 1990

Wer den Stein des Anstoß trotzdem in Augenschein nehmen will, ein Lektüretip: Kultur zwischendurch 34, Sonderausgabe: "Frieden in unserer Zeit!"

Erhältlich über unsere Kontaktadresse: Columbusg.76/14+15; 1100 Wien. Tel.: 0222/6020506.

Treffen: Jeden Dienstag, 20.00 Uhr. Gasthaus Benesch; Rosinag.17, 1150 Wien. Dort könnte diese Diskussion (außer in den Spalten des Tatblatts) weitergeführt werden!

## Fußnote

Dieser Artikel ist nicht in "Geschlechtsneutraler Schreibweise" abgefaßt worden — und zwar nicht aus Flüchtigkeit, sondern *absichtlich*. Das führt nämlich nicht bloß zu recht erheiternden Stilblüten ("ArestantInnenwagen") — irgendwann wirds auch peinlich: "KapitalistInnen".

Dreierlei wird so garantiert — es sind:

a) die linken Frauen *als Kuriosum* anerkannt und in ihrer Wichtigkeit wenigstens *semantisch* unterstrichen

b) alle übrigen Frauen in derselben *Scheiße*, wie vorher und es haben

c) die linken Männer ihre "Beziehungen" und Affären mit den linken Frauen (siehe a) durch opportunistisches Gehabe gerettet.

Sonstiger Effekt und Nutzen: Keiner!

## Betrifft: Kriegsberichterstattung über Opernballdemo

Eigentlich wollte ich schon für die letzte Nummer etwas zum Opernballdemo-Bericht im Tatblatt-75 schreiben. Aber meine Trägheit war stärker als mein Ärger über Stil und darin enthaltene Unwahrheiten. Ingeheim hoffte ich, wer anderer nimmt mir das ab, und ich durchsuchte die letzte Ausgabe nach derlei Protesten. Ich fand eine polemische vorgetragene Kritik von Gerhard Ruiss, Schriftsteller und Mitinitiator des "Runden Tisches", einer der Verunglimpften des Berichts. Nach Widerspruch einer/eines nicht direkt Betroffenen, einer/eines "normalen" Demoteilnehmer/in/s, der/dem doch auch einige gravierende Ungeheimheiten zwischen Bericht und Wahrgenommenen aufgefallen sein müßten, suchte ich vergebens. Scheinbar bin nicht nur ich ziemlich schreibfaul. Während der Demo hielt ich mich in unmittelbarer Nähe der "Runden Tisches" auf, solange an ihm gesprochen wurde. Und für mich war's interessant, was und wie gesprochen wurde, wer sich zu Wort meldete. Da war der im Autonomen-Look, der "Los, stürmen wir die Oper!" ins Mikro grölte; die Jugendheim-Insassin, die den Fraß beklagte, den sie dort vorgesetzt bekommt; ein Au-Besetzer direkt aus Fischen in Waldläufermanier, mit solidarischen Grüßen; ein fortgeschrittenes Semester mit "Verständnis für die Demo" aber dem Rat "sich eine Arbeit zu suchen, um nicht anderen zur Last zu fallen"; ein Karlsplatzübernächter mit der Frage "Wo soll ich heut nacht schlafen?"; einer, der nicht mehr wußte was er sagen wollte, als er das Mikro in die Hand bekam; ...

Im Artikel heißt's: "Vollkommen sinnlose, oft eintönig fade, beschränkt witzige und ewig lange Reden wurden von mehr oder weniger Prominenten geschwungen." - Geschmäcker sind verschieden und es meldeten sich tatsächlich einige "Prominente" - ich habe ganze 3 (Ruiss, Kreisky, Waluliso) in Erinnerung - mit mehr oder weniger vorbereiteten Statements zu Wort. Das längste, von Gehard Ruiss, dauerte ganze 3 Minuten!

Am "Runden Tisch" wurden eben gerade keine Reden für die "unten stehenden Zuhörer" geschwungen, wie's der Bericht zumindest nahelegt. Mag sein, daß einige "auf irgendwelche interessanten Informationen (von oben) warteten" und verärgert waren, daß der "Runde Tisch" "keine organisierende Funktion übernahm". Mancher sieht eben eine Lautsprecheranlage nur sinnvoll verwendet, wenn damit die Masse zentral (von oben) informiert und dirigiert wird. Damit einen öffentlichen Raum zu schaffen, der von vornherein eben nicht von einem Programm besetzt ist, in den jeder treten kann um im Scheinwerferlicht gesehen und über Lautsprecher gehört zu werden, erscheint für jene absurd.

Und man schreckt auch nicht vor handfesten Lügen zurück, um das Ganze diffamieren zu können: Man/frau hätte sich das Mikrofon erkämpfen müssen; Infos über Angriffe von Faschos seien nicht vom "Runden Tisch" verbreitet worden. Auch sah ich niemanden, der "die Demo vorzeitig verließ", weil der "Runde Tisch" ihm "zu öd" war. Der "überaus disziplinierte und geschlossene Zug" der sich vom "Runden Tisch" abwendete um sich den "eigentlichen Protesten gegen den Opernball" zuzuwenden, fand auch nicht statt.

Dabei enthält der Bericht auch die stimmigere Version: "Die Kärntner Straße vor dem Runden Tisch wurde immer leerer und leerer". Gründe dafür waren vom "Runden Tisch" unabhängige Ereignisse; die Angriffe der Faschos vom Karlsplatz her und die Frontenbildung in der Operngasse. Dann begann wieder das mir schon vom Vorjahr bekannte öde Katz- und Mauspiel, aus dem ich mich bald verabschiedete.

Sicherlich gab es Verbesserungsbedürftiges an der Realisierung des "Runden Tisches": Außerhalb der Kärntnerstraße verstand man/frau nichts mehr vom Gesprochenem. Die Entfernung, innerhalb derer sich Leute animiert fühlten, sich zum "Runden Tisch" zu drängeln um selber was zu sagen, war wahrscheinlich noch weit geringer. Eine Möglichkeit wäre mehrere untereinander verkabelter Redeplattformen, oder einfach ein zentralerer Standort; wobei die diesmal getroffene Platzwahl aus anderen Gründen praktisch vorgegeben war; dort wo voriges Jahr die Auseinandersetzung begann und wahrscheinlich ohne "Runden

## Liebes TATblatt!

Das TATblatt brachte gerade in den letzten Monaten viel Information und vor allem auch, z.B. mit der Anti-Opernballdemo-Beilage, die Möglichkeit zur Diskussion wichtiger Fragen für die autonome Szene, weshalb ich mich auch entschlossen habe, das TATblatt zu abonnieren. Diesen grundsätzlich positiven Eindruck kann auch folgendes Ärgernis nicht wesentlich erschüttern, aber trotzdem:

In den beiden letzten Nummern waren Statements des Bullen-Deserteurs Franz Witzmann (in der letzten Nummer bereits zum, man beachte die intime Bezeichnung, "Franz" geraten), abgedruckt. Nun bin ich durchaus der Meinung, daß es gut, wichtig und richtig ist, wenn Mitglieder der bürgerlichen Repressionsapparate dieselben verraten und dies auch öffentlichkeitswirksam kundtun. Die Informationen von Insidern wie Franz Witzmann, dessen ehrliches Engagement ich auch gar nicht in Zweifel ziehen möchte, haben sicherlich besonderes Gewicht und haben eine entsprechende Bedeutung in der medialen Diskussion um die Terrormethoden der Polizei gehabt, keine Frage. An und für sich bin ich der Ansicht, daß solche Ergüsse, deren bürgerlich-reformerischer Inhalt allenfalls durch die Naivi-

tät, aus der sie sich speisen, entschuldigt werden mag, in einer linken/autonomen Zeitung nichts verloren haben. Ich habe im Zuge dieser Überlegungen aufmerksam das Impressum des TATblatt studiert und bin zu dem Schluß gekommen, daß der darin formulierte Pluralitätsanspruch ("offene ... Zeitung für alle politisch Bewegten und Interessierten") so weitgefaßt ist, daß auch Witzmann-Kommentare darunter fallen können. Die Frage, welche selektiven Kriterien eine Veröffentlichung bestimmen, ist also zuallererst eine der inhaltlich-konzeptionellen Ausrichtung (die ich beim TATblatt nicht so recht erkennen kann). Wenn aber das TATblatt nach eigenen Aussagen sich zwar nicht als explizit autonome Zeitung versteht, aber hauptsächlich von Autonomen produziert wird, und sich auch nach außen einen autonomen Anstrich gibt (Haßkappenwesen-Logo) seien doch folgende Fragen gestattet: Warum wird eine ganze Seite und mehr zur Verfügung gestellt für das Mitteilungsbedürfnis eines noch nicht einmal als links zu bezeichnenden Ex-Bullen? Hatte die Erklärung "Desertiert" in Nr. minus 75 noch einen gewissen informativischen und dokumentarischen Wert, so kann bei dem "Kommentar" in Nr. minus 74 nicht einmal davon die Rede sein. Ist denn,

liebes TATblatt, der persönliche Entwicklungsroman von Franz Witzmann derart interessant, daß man ihm soviel Platz einräumt? Die Veröffentlichung derartiger Elaborate kann man getrost den liberalen bürgerlichen Medien überlassen. Die sich des Falls ja auch schon, und mit mehr Wirkung, angenommen haben. Warum also diese übergebührliche Aufmerksamkeit für Witzmann? Was soll mit seinen Statements bewiesen werden? Die Perfidie der bürgerlichen Repressionsapparate? Die ließe sich eindrucksvoller belegen. Durch Information über jüngst vorgefallene Schweinereien, wie etwa den Freispruch des Bullen, der bei der Antiopernballdemo vor zwei Jahren unsere Genossin Eva überfahren hat, oder die Ablehnung der Anträge der Aegidis/Spalos auf Haftentschädigung zum Beispiel - Nachrichten, die ich im TATblatt vermisste. Da herrscht doch ein offenkundiges Mißverhältnis! Wenn ihr schon Erklärungen, deren Inhalte so offensichtlich einem linken Anspruch zuwiderlaufen (mir fielen noch andere Beispiele ein), abdruckt, wäre die Anfügung eines eigenen Kommentars, wie das z.B. bei dem Offenen Brief an Ratzenböck zu Recht geschah, angebracht.

Eine Leserin ●

# LeserInnenbriefe

Tisch" auch heuer wieder begonnen hätte. Von daher ist der Ärger über den *»verstellten Blick auf die Oper«* verständlich, von Leuten die den stummen Taten den Vorzug vor leeren Worten geben.

Den Stil des Artikels assoziierte ich mit "Kriegsberichtserstattung", und das sollte es wohl auch sein. Zwar las ich diesmal kein KroKuWAZ-Blatt zur Demo, aber ich vermute dort klingt's ähnlich, nur Gut und Böse umgekehrt. (Die Faschos wurden dort eben zu den Demonstranten gerechnet.)

"Es ist Krieg", begann ein Beitrag einer Autonomengruppe im Demo-Diskussionsteil eines TATblatts. Und der Spruch hat was für sich. Er stellt sich der Illusion mancher/es Zeitgenossin/en entgegen, in einer halbwegs friedlichen, harmonischen und gerechten Welt/Gesellschaft, zumindest bei uns, zu leben. Er begünstigt aber, auch, daß Denk- und Verhaltensweise innerhalb "des Widerstandes" von dieser proklamierten Kriegssituation beherrscht werden: Freund-Feind-Schemata werden gehegt und gepflegt; wer in Kontakt mit "dem Feind" tritt, etwa in einem Medium des Feindes etwas publiziert, wird des "Verrats" beschuldigt, der Inhalt des Publizierten ist nebensächlich; "Neue" geraten schnell unter Spionageverdacht; Kritik wird zum "Spaltungsversuch"; eine parolenhafte Sprache bürgert sich ein, zunächst in der Kommunikation mit außen, bald aber auch untereinander, alles wird Propaganda; ...

Ich möchte das Ganze primär als Kritik an jenem Text verstanden wissen, auch wenn manch Vorurteil gegenüber einer gewissen Szene-mentalität mitschwingt. Vorurteil deshalb, weil ich nur spärlichen Kontakt (über Plenas und über Dritte) zur Szene habe.

gunter ●

## Liebes TATblatt-Kollektiv!

Ich dachte eigentlich, ihr seid aufgeschlossen gegenüber neuen Vorschlägen. Warum gilt denn das nicht für die Optik? Ich schickte euch vor ca. 3 Wochen einen bes-

(tun wir eh nicht), aber um das zu erklären, muß ich ein bißchen weiter ausholen.

Begonnen hat es so, wie bei wohl fast jedem neuen Projekt mit einer Namensdiskussion, wie die Zeitung nun

# TATblatt

eigentlich heißen soll. Die hat bis kurz

seren Schriftzug, der sicher dazu beitragen könnte, daß das TATblatt bald eine Zweitageszeitung werden kann (aufgrund plötzlich rasant ansteigender Popularität)!

Liebe + Kraft! ●

Hm,tja,ähh!

Also, die Sache ist eine so: Eigentlich finde ich, daß du recht hast, daß es nicht gerade ein Zeichen besonderer Aufgeschlossenheit ist, daß wir den Vorschlag ganz stillschweigend zur Kenntnis genommen haben und Punkt-Schluß-Aus-Basta.

Jetzt ist es aber so, daß wir ihn uns schon angeschaut haben, aber daß wir ihn — nunja, wie soll ich sagen — nicht sooo toll gefunden haben. Das heißt nicht, daß wir den jetzigen so wahnsinnig schön finden

vor Erscheinen der ersten Nummer geführt, bis schließlich von BefürworterInnen des Tatblatt-Namensvorschlags das Tatblatt durchgesetzt worden ist. Dann ist in der Nacht vor dem Layout der historischen minus-101-Nummer ein Sujet gezeichnet worden, daß ein bißchen gemäßig-phantasievoll gestaltet war.

Die Folge war, daß nach drei Nummern sich erste starke Opposition gegen den Schriftzug einerseits, gegen das in selbigen integrierte kleine Fäustchen, das einen

Bleistift umfaßt hält (man/frau beachte die Ablehnung an historische Kontinuitäten der ArbeiterInnenbewegung), anderer-

seits.

Na und dann ging eine Diskussion los. »Die Entfernung des Fäustchens raubt uns die Identität«, oder »schaut doch eh lächerlich aus« und »soll ja lächerlich ausschauen, weil die marxistischen Fäuste kann ich eh nicht mehr sehen« usw. Dann führte die Diskussion in den Schriftzug über, und und und. Das Ergebnis war dann ein schlichter Schriftzug ohne Schnörkel, mit glatten, nicht aufragenden Linien, zeitloser Eleganz (hüstel) und, naja, was rausgekommen ist, kennst du ja.

Nun wollen wir aber den Vorschlag — entgegen dem, was wir gemacht haben — nicht abzurufen. Wir stellen daher hier den Vorschlag öffentlich zur Diskussion. Des weiteren würden wir uns auch über andere Vorschläge freuen (bitte schlichte, nicht allzusehr aufragende, eh scho wissen)

mit peinlichen Grüßen einer vom TATblatt-Kollektiv.

## Auch im Westen stinkt's TATblatt — ab sofort auch in Tirol

»Zur Auflösung des Zentralismus hat sich nun auch in Innsbruck eine TATblatt-Gruppe gebildet. Unter dem Motto »auch im Westen stinkt's« treffen wir uns am 28.3.90 um 20 Uhr im Seminar-Raum der Politikwissenschaft der Uni Innsbruck. Regelmäßige Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen des TATblatts (Seminarraum der Politikwissenschaft 20 Uhr)

Schön wär's, wenn außer uns noch welche kämen ●

## Termine

(diesmal ganz besonders unvollständig!)

WIEN:

\*Podiumsdiskussion zum Thema **Volkszählung '90**: 28. März, 19.30 Uhr TU-Informatikhörsaal; 4, Treitlstraße 3  
\*7. April 20<sup>h</sup>, Rotstiltchen:

Fest der Autonomen Stadtteilgruppe Margareten

\*Samstag, 31.3. **Demo für Schurli** (mit Live-Band), Treffpunkt 18 Uhr Uni-Rampe  
\*25.4. **Hauptverhandlung** von Schurli  
\*Alleinerzieherinnen-fest (nur Frauen!)

im Frauenzentrumsbeist; Wien 9, Prechtlgasse

**CELOVEC/KLAGENFURT:**  
\*Kontaktlinse/Kontaktna leca (Konzerte, Vorlesungen, Workshops, usw.) vom 2. bis 6. April im BG und BRG für SlowenInnen, Janez Janezic Platz 1.

## Betrifft: TATblatt

Der Frühling ist da, das neue TATblatt auch, und eine ganz neue Regionalgruppe obendrein. Ab sofort gibt's auch in Innsbruck eine Tb-Gruppe. Liebe und Kraft dorthin. Ohne viel Herumgeschreibsel, angesichts des knappen Platzes noch die wichtigsten Sachen, die noch geschrieben gehörten:

Beim letzten TATblatt haben sich die Meldungen gehäuft, daß es nicht oder erst viel zu spät angekommen ist. Wenn euch sowas passiert, meldet euch bitte sofort bei uns und beschwert euch bei eurem Postamt.

Apropos Post: Irgendwie können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß nicht alle Post, die an uns geschickt wird, auch tatsächlich ankommt. Wenn ihr uns was schickt, tut es unbedingt vorher kopieren — für den Fall der Fälle. Mathias läßt auch noch ausrichten: Keine Konspi-Briefe oder Telefonate an uns. Daß wir überwacht werden, ist

eh klar.

Nun zu dem, was alles in diesem TATblatt nicht gekommen ist: Einiges ist aus Platzmangel rausgeflogen bzw verschoben, anderes deswegen, weil es keineR getippt hat (bitte: wenn es euch irgendwie möglich ist: bring/schickt uns Artikel auch auf Diskette — MS-DOS, wenn möglich WORD). Wieder anderes ist nicht gekommen, weil wir es nicht recherchieren konnten (also: teilt uns bitte immer sofort mit, was ihr so wißt's!). So fehlt zB ein Artikel über jenen Typen — Peter K. — der vorige Woche verhaftet wurde, und dem die Polizei die ganzen letzten Sprengstoff- und Brandanschläge der letzten Jahre anhängen möchte. Alles, was es so gibt, spricht dagegen, daß er was damit zu tun hat, mal ganz davon abgesehen, daß die Anschläge zT nach unterschiedlichen Mustern abgelaufen sind. Wir haben es aber nicht geschafft, was dazu zusammenzubringen.

Nächstes Mal kommt dazu sicher was!

Die vorgesehene neue Diskussionsreihe zu Strategien, Gemeinsamkeiten, Differenzen innerhalb der Linken muß deswegen entfallen, weil keine (in Worten: 0) Beiträge gekommen sind. Bitte macht, daß sich das ändert, oder ist wirklich schon alles so im Argen? Schreibt's, kritisiert's, feult's, träumt's,...

Noch eine gute Nachricht zum Abschied: Nachdem wir für die Opernballnummer die Auflage ausnahmsweise um 35% erhöht hatten, wurde sie bei der vorigen Nummer wieder auf den normalen Wert herabgesenkt. Die Folge war, daß das TATblatt bei uns hier innerhalb von drei Tagen ratzputz ausverkauft war. Es geht also aufwärts! Neue Zeiten stehen vor der Tür.

Für die nächsten 2 Wochen: viel Liebe, Kraft, Spaß, Energie, Wohlbefinden, Gesundheit, Durchhaltevermögen, Abwechslungsreichtum, gutes Gefühl, Erlebnisvielfalt, wilde Frische, Bussi und schöne Grüße

Einer vom TATblatt-Kollektiv. ●

# Das TATblatt

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten. Es versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schickt uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen – um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten – werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

Obwohl einst als »Zweitageszeitung« kopiert, erscheint das TATblatt derzeit alle 14 Tage. Wir wollen uns aber stetig in Richtung unseres Zieles – eine möglichst oft erscheinende, offene, selbständige Zeitung für alle politisch Bewegten und Interessierten – weiterentwickeln. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklungsphase stehendes Projekt erachten, nennen wir die derzeit erscheinenden Ausgaben »Minus-Nummern«, quasi als Vorstufe zur Nullnummer. Solidarische Einmischung in die Entwicklung, und die Beteiligung daran, ist immer willkommen.

TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz, Linz und Innsbruck:

## TATblatt-Wien:

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11  
Telefon: (0222) 57 49 543

## TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr

## TATblatt-Café:

jeden Montag um 16 Uhr

die ideale Möglichkeit, in ungezwungenem Gespräch das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

## TATblatt-Graz:

8010, Kastellfeldg 34/16

Treffen jeden ersten Donnerstag nach Erscheinen, 19 Uhr (nächstes Treffen: 1.2.)

## TATblatt-Linz:

Treffen: jeden 1. Mittwoch im Monat um 17 Uhr im Andreas Hofer Stüberl; Andreas Hoferplatz 3; 4020 Linz

## TATblatt-Innsbruck:

Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

# An:

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

## **IMPRESSUM: Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:**

**UNABHÄNGIGE INITIATIVE INFORMATIONSVIELFALT**; 1060 Wien; Gumpendorferstr 157/11;  
**Telefon:** (0222) 57 49 543; **Bankverbindung/Konto:** P.S.K 7547 212; **DVR Nr:** 0558371;  
**Druck:** Eigendruck

**Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!**

## Das TATblatt im Abo

**Preise: Abo** für 10 Ausgaben: S 96. –; **Abo** für 20 Ausgaben: S 190. – (innerhalb Österreichs) Bei **Förderabos** kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96. – bzw S 190. –)

Ein »**Auslandsabo**« kostet S 150. – für zehn Ausgaben.

Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K. 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo beginnt mit dem Zeitpunkt, zu welchem das Geld bei uns angelangt ist, zu laufen und endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.

## Mitgliedschaft in der U.I.I.

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt S 1. – pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30. – Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugesandt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns einfach eine Postkarte!

## Einzelverkaufsstellen

### **Wien:**

#### **Buchhandlungen:**

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Kiosk R. A. Keream (1, Kärrntnerortspassage)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stiegegasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kollingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

#### **diverse Läden:**

- Why Not-Plattengesch. (6, Otto Bauerg 16)
- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Makrokosmos (8, Strozsigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

#### **Beisln:**

- TU-Club (4, Paniglgasse 1)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstrasse 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)

- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

#### **außerdem:**

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schotteng 3a/1/4/5/9)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124/1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
- MieterInnen-Interessensgemeinschaft (10, Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30)

### **Graz:**

- Dradiwaberl-Antiqu. (Zinzendorferg)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn.Fachbh. Spectrum (Schörgelg 9)

### **Linz:**

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Buchhandlung Alex (Hauptplatz)
- Bad-Café (Badgasse 7)

### **anderswo:**

- **Schwertberg:** Kulturverein Kanal (Schwertberg, Joseftal 21)
- **Waidhofen an der Thaya:** Buchhandlung Buschek (Bahnhofstr 28)

**Das nächste TATblatt erscheint am 10. April 1990.  
Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 3. April.**